



**EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTS- UND  
PARTNERSCHAFTSINSTRUMENT**

**ARABISCHE REPUBLIK SYRIEN**

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER  
2007–2013**

**UND**

**NATIONALES RICHTPROGRAMM  
2007 – 2010**

## INHALT

<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>1. ZIELE DER EU FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT .....</b>	<b>3</b>
1.1 Außenpolitik der EU, der Barcelona-Prozess und die Europäische Nachbarschaftspolitik .....	3
1.2 Strategische Ziele der Zusammenarbeit der EU mit Syrien.....	4
<b>2. DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR SYRIEN .....</b>	<b>5</b>
2.1 Politische Lage .....	5
2.2 Wirtschaft und Handel .....	8
2.3 Soziale Entwicklung .....	12
2.4 Energie, Verkehr, Umwelt, Informationsgesellschaft und Medien .....	15
2.5 Schlussfolgerungen .....	18
<b>3. DIE REFORMAGENDA DER SYRISCHEN REGIERUNG .....</b>	<b>18</b>
3.1 Der zehnte Fünfjahresplan (2006-2010) .....	18
3.2 Sachzwänge bei der Umsetzung .....	20
<b>4. LEHREN AUS DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EG UND SYRIEN ....</b>	<b>21</b>
4.1 Übersicht über bisherige und laufende Kooperationsprogramme der EG .....	21
4.2 Wesentliche Lehren aus der Umsetzung der Länderstrategie 2002-2006 für Syrien ....	23
4.3 Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU und anderen Gebern.....	24
<b>5. ANTWORTSTRATEGIE DER EU FÜR 2007-2013.....</b>	<b>25</b>
5.1 Allgemeine Grundsätze für den strategischen Ansatz der EU .....	25
5.2 Vorrangige Ziele .....	26
5.3 Konsistenz der Maßnahmen der EG in Syrien.....	33
5.4 Koordinierung unter den Gebern .....	34
5.5 Risiken und Bedingungen .....	35
<b>6. DAS NATIONALE RICHTPROGRAMM FÜR 2007-2010.....</b>	<b>35</b>
6.1 Ein vier Jahre lang geltender Rahmen für Maßnahmen der EG im Kontext des ENPI. 35	
6.2 Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank .....	37
6.3 Einzelheiten zu Maßnahmen im Jahr 2007 .....	37
6.4 Haushalt und zeitlicher Ablauf des Programms.....	42
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>53</b>

### ANHÄNGE

Anhang 1:	Landkarte Syriens
Anhang 2:	Chronologie der politischen Ereignisse
Anhang 3:	Ausgewählte wirtschaftliche und soziale Indikatoren
Anhang 4:	Umweltprofil Syriens
Anhang 5:	Zusammenarbeit der EG mit Syrien
Anhang 6:	Zusammenarbeit der EIB mit Syrien
Anhang 7:	Gebermatrix

## ZUSAMMENFASSUNG

Das Länderstrategiepapier, das im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) erstellt wurde, steckt den strategischen Rahmen ab, in dem die Europäische Union (EU) im Zeitraum 2007-2013 mit Syrien zusammenarbeiten wird. Auf der Grundlage einer Analyse der Herausforderungen für das Land sowie der Wirkung der bisherigen Kooperation mit der EU definiert das Länderstrategiepapier die zielgerichtete Reaktion und die vorrangigen Ziele der EU für die künftige Zusammenarbeit.

Das Nationale Richtprogramm (NRP) legt den Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und der syrischen Regierung für den Zeitraum 2007-2010 dar. Angesichts der schwierigen Beziehungen zwischen der EU und Syrien sowie der Verzögerungen bei der Annahme der Reformagenda der Regierung musste eine spezielle Regelung für Syrien gefunden werden. Das NRP beschreibt die für 2007 geplanten spezifischen Maßnahmen und die dafür erwarteten Ergebnisse im Einzelnen, aber umreißt nur grob die vorrangigen Aktionen für die Jahre 2008-2010, einschließlich der vorgesehenen Mittel und des Ablaufs.

Syrien nimmt gleichberechtigt am Barcelona-Prozess teil. Da es kein Assoziationsabkommen mit Syrien gibt, kann das Land noch nicht von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) profitieren. Eine vollständige Teilnahme an der ENP wird allerdings angestrebt. Die Verhandlungen über das Assoziationsabkommen EU-Syrien wurden im Oktober 2004 abgeschlossen, doch das Abkommen muss noch unterzeichnet und ratifiziert werden. Die Beziehungen werden derzeit durch das Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1977 geregelt.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Bashar al-Assad im Jahr 2000 ist das Land in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht stabil. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen, die am Anfang seiner Amtszeit angekündigt wurden, werden jedoch langsamer als erwartet realisiert, was in einigen Kreisen der Bevölkerung zu Frustration führt. Syrien rechtfertigt das langsame Tempo der Reformen mit Überlegungen aus dem Bereich der nationalen Sicherheit, einschließlich des Nahostkonflikts. Die Beziehungen Syriens zur internationalen Gemeinschaft sind aufgrund von regionalen Fragen, insbesondere der Souveränität des Libanon, von wachsenden Spannungen geprägt.

Die syrische Regierung hat den 10. Fünfjahresplan für 2006-2010 als Entwurf für umfassende wirtschaftliche und soziale Reformen sowie den Übergang von einer zentralistischen Planwirtschaft zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ vorgelegt. Derzeit spielt die politische Reform eine weniger vorrangige Rolle in den Plänen der Regierung. Der 10. Parteikongress der Baath-Partei vom Juni 2005 bot allerdings ebenso wie das Europa-Mittelmeer-Arbeitsprogramm, das von Syrien und seinen regionalen Partnern auf der Konferenz Barcelona + 10 gebilligt wurde, einige Hinweise in diesem Bereich.

Die Reformanstrengungen der syrischen Regierung stellen eine bedeutende Herausforderung dar. Die strategische Antwort der EU ist gezielt auf die Konsolidierung dieser Bemühungen ausgerichtet und soll ermöglichen, mit Syrien die Modalitäten für die Umsetzung der ENP in diesem Land zu entwickeln. Dies bedeutet, dass eine Kombination von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen auf der Grundlage der eigenen Prioritäten Syriens unterstützt wird, wofür im Gegenzug klares Engagement für Fortschritte bei der Durchführung der Reformen erkennbar sein muss.

Das Länderstrategiepapier 2007-2013 führt drei Schwerpunktbereiche für Maßnahmen an:

1. Unterstützung politischer und administrativer Reformen, einschließlich der Modernisierung der Verwaltung, Dezentralisierung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung grundlegender Menschenrechte,
2. Unterstützung von Wirtschaftsreformen, einschließlich der Umsetzung des Fünfjahresplans sowie Vorbereitung auf das Assoziationsabkommen und auf den Beitritt zur WTO,
3. Unterstützung sozialer Reformen, einschließlich der Entwicklung von Humanressourcen und begleitender Maßnahmen zum wirtschaftlichen Übergangsprozess.

Derzeit sind für die Umsetzung des ersten NRP für den Zeitraum 2007-2010 Gesamtmittel in Höhe von 130 Mio. € als Unterstützung für diese drei Prioritäten vorgesehen. Im Jahr 2007 wird ein überarbeitetes NRP mit detaillierteren Angaben zu den Maßnahmen für den Zeitraum 2008-2010 vorgelegt werden, das die derzeit in Ausarbeitung befindlichen Strategien und Durchführungsprogramme der Regierung berücksichtigt wird.

# 1. ZIELE DER EU FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT

## 1.1 Außenpolitik der EU, der Barcelona-Prozess und die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die EU ist bestrebt, in ihrer Außenpolitik Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Dabei setzt sie verschiedene Instrumente ein, wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Hilfe und Handel sowie die Außendimension der internen politischen Programme der EU. Der im November 2005 angenommene „europäische Entwicklungskonsens“ legt eine gemeinsame Vision dar, welche die Entwicklungszusammenarbeit der EU sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene leitet. Diese neue Entwicklungspolitik bekräftigt die zentralen Grundsätze für die Wirksamkeit von Hilfe: **nationale Eigenverantwortung, Partnerschaft, Anpassung und Ergebnisorientiertheit.**

Die im November 1995 in Barcelona abgehaltene Europa-Mittelmeer-Konferenz bildete den Ausgangspunkt für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, welche (1) eine politische und sicherheitsorientierte Partnerschaft, (2) eine wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft sowie (3) eine Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich umfasst. **Syrien nimmt gleichberechtigt an der Partnerschaft Europa-Mittelmeer teil.** Auf der Konferenz Barcelona + 10 im November 2005 billigte es das auf fünf Jahre angelegte Arbeitsprogramm 2006-2010 der Partnerschaft Europa-Mittelmeer sowie den Verhaltenskodex zur Bekämpfung des Terrorismus.

**Die Beziehungen zwischen der EU und Syrien werden derzeit durch das Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1977 geregelt.** Syrien hat ein weit reichendes Assoziationsabkommen mit der EU ausgehandelt, das den Weg für die vollständige Teilnahme des Landes an der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ebnen sollte. Dieses Abkommen bietet einen umfassenden Rahmen für die wirtschaftliche, politische und soziale Dimension der Partnerschaft zwischen der EU und Syrien. Es wurde im Oktober 2004 paraphiert, kann aber noch nicht umgesetzt werden, da einige Mitgliedstaaten bisher die Auffassung vertraten, dass der politische Kontext eine Unterzeichnung und Ratifizierung noch nicht erlaube.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) wurde im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU im Jahr 2004 ausgearbeitet, um zu verhindern, dass neue Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn entstehen, und um die Stabilität, die Sicherheit und das Wohlergehen für alle Betroffenen anzuheben. Somit trägt sie zur Verwirklichung eines zentralen Ziels der im Dezember 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie, nämlich der Förderung der Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, bei. Mit der ENP **bietet die EU ihren Nachbarn eine bevorzugte Partnerschaft an, die auf dem Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten** Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung, marktwirtschaftliche Grundsätze und nachhaltige Entwicklung beruht.

Sobald das Assoziationsabkommen unterzeichnet ist, wird **Syrien von den Chancen, welche die Europäische Nachbarschaftspolitik eröffnet, voll und ganz profitieren.** Die EU und Syrien werden dann einen Aktionsplan für gemeinsam festgelegte Prioritäten und Unterstützung für seine Umsetzung aushandeln. Mit dem Aktionsplan werden die Bestimmungen des Assoziationsabkommens in Prioritäten für konkrete Maßnahmen umgewandelt. Beim vorliegenden Länderstrategiepapier wird davon ausgegangen, dass das Assoziationsabkommen im Zeitraum 2007-2013 tatsächlich unterzeichnet und ratifiziert wird. Bis zur Unterzeichnung des Assoziationsabkommens wird die Zusammenarbeit weiterhin auf der Teilnahme Syriens an der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und auf dem Kooperationsabkommen beruhen.

## 1.2 Strategische Ziele der Zusammenarbeit der EU mit Syrien

**Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Syrien ist für beide Seiten von Vorteil.** Syrien ist ein wesentlicher Faktor für die regionale Stabilität und spielt als Transitland zwischen der EU und dem Nahen Osten eine Schlüsselrolle. Zwischen Syrien und der EU bestehen besonders gute kulturelle Beziehungen, und das Potenzial für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen ist groß. Durch die Zusammenarbeit möchte die EU Syrien auch in den Bemühungen zur Verbesserung des Wohlergehens seiner Bevölkerung unterstützen.

Im Zeitraum 2007-2013 besteht das Ziel darin, auf die Erfolge der bisherigen Zusammenarbeit und den daraus gezogenen Lehren aufzubauen und **Syrien mittelfristig auf die volle Teilnahme an der Europäischen Nachbarschaftspolitik** vorzubereiten. Das finanzielle Engagement der EU kann in Abhängigkeit von der Erreichung gemeinsam festgelegter Ziele schrittweise ausgebaut werden, ohne dass damit versucht wird, das Tempo der Reformen zu diktieren. Des Weiteren könnte ein breiteres Spektrum an Kooperationsinstrumenten, einschließlich Twinning-Vereinbarungen, und, falls ein zufrieden stellendes Niveau der Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung der öffentlichen Finanzen erreicht wird, Budgethilfe bereitgestellt werden.

Ein erheblicher Teil der finanziellen Hilfe im Zeitraum 2007-2013 wird als variable Prämie vorgesehen, um Fortschritte bei den Reformen, insbesondere bei den politischen Reformen, zu fördern. **So wie andere Partner im südlichen Mittelmeerraum sollte Syrien dazu ermutigt werden, die „Governance-Fazilität“ zu nutzen**, die auf dem Gipfel zum zehnjährigen Bestehen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer ins Leben gerufen wurde und aus der Partnerländer, die besonders große Fortschritte erzielen, zusätzliche Mittel erhalten werden.

Um die Eigenverantwortung Syriens für die Umsetzung des Nationalen Richtprogramms sicherzustellen, **baut die Strategie der EU auf Syriens eigener politischer Agenda auf**, insbesondere auf dem 10. Fünfjahresplan für den Zeitraum 2006-2010. Die Ziele der Strategie hängen direkt mit den im syrischen Fünfjahresplan festgelegten Prioritäten zusammen, wie zum Beispiel Dezentralisierung, wirtschaftliche und rechtliche Reformen, Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Die Zusammenarbeit mit der EU sollte **die syrische Regierung bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Pläne für den Übergang zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ unterstützen**. Der zusätzliche Nutzen, den die EU in diesem Bereich bieten kann, geht eindeutig auf die Erfahrungen der neuen Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des Übergangs von einer zentralistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft zurück.

Die Strategie baut ferner auf den **Bestimmungen des Assoziationsabkommens auf, das zu einer engeren Integration mit der EU führen kann**. Die syrische Regierung verwendete das Abkommen als Bezugsdokument für die Ausarbeitung ihrer Reformagenda und nutzt es weiterhin als Leitlinie für den Prozess zur Modernisierung des Landes, auch wenn es noch nicht unterzeichnet und ratifiziert wurde.

**Die Strategie berücksichtigt voll und ganz den politischen Kontext der Beziehungen zwischen der EU und Syrien**, die internationalen Verpflichtungen aus Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die relevanten Gemeinsamen Standpunkte und Entschlüsse des Europäischen Rates sowie die im Europa-Mittelmeer-Programm festgelegten Verpflichtungen von Syrien. Dazu gehören der Ausbau des politischen Pluralismus und die verstärkte Beteiligung der Bürger am politischen Leben, die Verbesserung der Lage von Staatenlosen, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, Dezentralisierung / Demokratie auf kommunaler Ebene, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

## 2. DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR SYRIEN

### 2.1 Politische Lage

#### *Zentrale politische Herausforderungen der Zukunft*

- **Intern:** Einleitung des politischen Reformprozesses; Verwirklichung einer verantwortungsvollen Staatsführung und der Gewaltenteilung; verstärkte Achtung der Menschenrechte und Demokratisierung bei Wahrung der beachtlichen Vielfalt der Gesellschaft und der friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Religions- und Bevölkerungsgruppen.
- **Extern:** Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Nachbarländern; Herstellung eines neuen Gleichgewichts in den Beziehungen zum Libanon und gleichzeitige Konsolidierung der Kontakte zu den Nachbarstaaten; Einschränkung der Spannungen mit den USA; Vertiefung der Beziehungen zur EU durch Maßnahmen zur Schaffung eines allgemeinen politischen Rahmens, der für die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens förderlich ist; Hinarbeiten auf ein Friedensabkommen mit Israel zur friedlichen Regelung der Golan-Frage nach gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen.

#### *Innenpolitische Herausforderungen*

Syrien ist eine sozialistische Republik mit einer Verfassung, welche eine führende Rolle der Baath-Partei gewährleistet. Syrien hat ein **starkes Präsidialsystem** mit einer mächtigen Exekutive. Die Mitglieder des syrischen Parlaments (Volksversammlung) werden direkt vom Volk für vier Jahre gewählt. Die letzten Parlamentswahlen fanden 2003 statt, und die nächsten Wahlen (Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen) sind für 2007 geplant.

Als Präsident Bashar al-Assad nach dem Tod seines Vaters im Juli 2000 sein Amt antrat, erwarteten einige Bevölkerungskreise eine Veränderung der politischen Landschaft. In den letzten fünf Jahren ist es allerdings nur zu **wenigen Änderungen am politischen Erbe** gekommen, das Hafez al-Assad nach seiner dreißigjährigen Präsidentschaft hinterließ. Die Baath-Partei, welche die Unterstützung der Elite aus dem Militär- und Sicherheitsapparat genießt, beherrscht nach wie vor die syrische Politik. Die Entscheidungsfindung liegt in den Händen des Präsidenten und eines kleinen Kreises von Personen in seinem Umfeld.

Auf dem 10. Parteikongress der Baath-Partei im Juni 2005 wurden zwar gewisse Beschlüsse über **politische Reformen** gefasst, aber keine Fristen für ihre Durchführung festgelegt. Wesentlicher Anlass für auf dem Kongress geäußerte Bedenken waren die potenziellen sozialen Kosten und Unruhen, welche durch den Prozess des wirtschaftlichen Übergangs verursacht werden könnten, und die damit einher gehenden negativen Folgen für die Legitimität und Beliebtheit des Regimes.

Auf dem Kongress wurde nicht die Aufhebung des Verfassungsartikels gefordert, welcher der Baath-Partei die Führung von Gesellschaft und Staat überträgt. Eine echte **demokratische Beteiligung** bleibt dennoch im Bereich des Möglichen, da auf höchster Ebene ein neues Mehrparteiengesetz angekündigt wurde, nach dem die Zulassung von unabhängigen politischen Parteien abgesehen von Parteien auf religiöser oder ethnischer Basis erlaubt sein sollte. Angesichts der bevorstehenden Wahlen wurden auch die Gesetze über Parlaments- und Kommunalwahlen geändert. Derzeit liegen diese Gesetze allerdings nur als Entwürfe vor, die noch von der Regierung zu billigen sind.

Grundsätzlich garantiert die syrische Verfassung die wichtigsten **Menschenrechte**. Dazu gehört zum Beispiel die Religionsfreiheit, welche allgemein geachtet wird, so dass religiöse Minderheiten in Syrien Sicherheit und Toleranz genießen. Es bestehen allerdings Probleme mit Minderheiten (insbesondere mit staatenlosen Kurden), und das seit 1963 in Kraft befindliche **Notstandsgesetz**

schränkt die Bürger bei der Ausübung ihrer nach nationalem Recht und Völkerrecht garantierten bürgerlichen und politischen Rechte effektiv ein. Dies betrifft zum Beispiel die Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte genießen einen besseren Schutz als politische und bürgerliche Rechte.

Obwohl Präsident Bashar al-Assad bei seiner Amtseinführung das **Recht auf Meinungsfreiheit** erwähnte, wurden die Diskussionsforen, welche im Anschluss daran insbesondere von Menschenrechtsaktivisten, Intellektuellen und politischen Gegnern während der Zeit des so genannten „Damaszener Frühlings“ eingerichtet wurden, schon im Jahr darauf wieder geschlossen.

Trotz der Amnestien, durch die 2005 mehrere Hundert **politische Gefangenen** freigelassen wurden, ist die allgemeine Politik gegenüber politischen Gegnern weiterhin repressiv. Syrien benutzt den Kampf gegen den Terrorismus bisweilen als Vorwand für eine Missachtung der Menschenrechte, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der islamistischen Opposition (vor allem der Moslembruderschaft seit den 70er Jahren). Im Juli 2005 empfahl das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen<sup>1</sup> Syrien, klare Schritte zur Abschaffung der Haft ohne Kontakt zur Außenwelt zu setzen und alle Formen der Folter und grausamen, inhumanen oder entwürdigenden Behandlung oder Bestrafung durch Strafvollzugsbeamte zu unterbinden, die in Syrien Berichten zufolge noch gang und gäbe sind.

Das Menschenrechtskomitee war auch über die faktische Wiedereinführung von Todesurteilen und deren Vollzug, die anhaltende Inhaftierung von mehreren Menschenrechtsverteidigern und die **Verweigerung der Registrierung für gewisse Menschenrechtsorganisation** besorgt. Seit dem Damaszer Frühlings haben die Behörden Versammlungen von Vertretern der Zivilgesellschaft in der Regel mit der Begründung verboten, dass ihre Vereinigungen nicht amtlich registriert seien.

Die „Baath-Revolution“ führte zu einer **sprunghaften Verbesserung der Lage der Frauen** in Syrien. Heute beteiligen sich Frauen in gewissem Maße am politischen, justiziellen, akademischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Das Menschenrechtskomitee merkt allerdings an, dass eine gewisse Diskriminierung der Frauen in Fragen der Eheschließung, Ehescheidung und des Erbens sowohl im Recht als auch in der Praxis weiterhin besteht.

Syrien ist dem Genfer Abkommen nicht beigetreten und verfügt auf nationaler Ebene über keine Asylverfahren. Die Regierung ist allerdings **Asylbewerbern gegenüber positiv eingestellt** und gewährt Vertriebenen vorübergehenden Schutz. Die Behörden haben seit dem Einmarsch unter US-amerikanischer Führung in den Irak im Jahr 2003 die Einreise von irakischen Staatsangehörigen nicht beschränkt (mittlerweile insgesamt rund 600 000 Personen laut Schätzungen des UNHCR). Ebenso hinderten sie auch libanesischen Staatsangehörige nicht an der Einreise während des Konflikts zwischen der Hisbollah und Israel im Sommer 2006. Rund 400 000 palästinensische Flüchtlinge sind in Syrien beim UNRWA erfasst. Abgesehen von der Staatsbürgerschaft haben sie dieselben Rechte wie die syrischen Staatsangehörigen.

Die Verfassung garantiert zwar die Unabhängigkeit der Justizbehörde, aber in der Praxis untersteht die **Justiz** weiterhin der Kontrolle der vollziehenden Gewalt und der Sicherheitsdienste. Neben dem normalen Gerichtssystem bestehen im Rahmen des Notstandsgesetzes Militär- und Staatssicherheitsgerichtshöfe. Die vollziehende Gewalt respektiert die Immunität der Richter nicht, die einfach von ihren Posten abberufen und des Amtes enthoben werden können.

**Korruption** beeinträchtigt die Unabhängigkeit der Justizbehörde sowie anderer Teile der Verwaltung und Wirtschaftskreise. Der Präsident kündigte vor kurzem einige Maßnahmen zur

---

<sup>1</sup> Syrien ratifizierte den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte im April 1969. Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen veröffentlichte seine abschließenden Bemerkungen zum letzten periodischen Bericht Syriens am 9. August 2005 (Bezugsnummer: CCPR/CO/84/SYR).

Bekämpfung von seit langem bestehenden Praktiken an, aber diese sind noch nicht in erkennbarer Weise zum Tragen gekommen. Von 2005 auf 2006 rutschte Syrien im Index von Transparency International vom 70. auf den 93. Platz (von insgesamt 163 Ländern) ab, womit das Land die regionalen Standards unterschreitet.

### ***Außenpolitische Herausforderungen***

Syrien strebt vor allem die Rückgabe der von Israel seit 1967 besetzten **Golanhöhen** an und plädiert für die Wahrung der **Rechte der Palästinenser**, wobei insbesondere ihr Recht auf Rückkehr und die vollständige Umsetzung der **Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen** gefordert wird. Trotz erneuter Aufrufe der syrischen Behörden zur Diskussion der Golan-Frage mit Israel scheint der Dialog zwischen den beiden Ländern festgefahren zu sein. Zunehmende Spannungen sind in Bezug auf das Thema Hamas/Palästinenser spürbar. Im Anschluss an den letzten Konflikt im Libanon und im neuen Kontext der **Resolution 1701 der Vereinten Nationen** erwägen Israel und Syrien jedoch Optionen für die Wiederaufnahme des diplomatischen Dialogs.

Die Mehrheitsverhältnisse im libanesischen Parlament nach den Wahlen vom Juni 2005 zeigen, dass der syrische Einfluss das politische Leben im benachbarten Libanon, wo syrische Truppen ab 1976 stationiert waren, weiterhin prägt. Syriens Absicht, die Amtszeit des libanesischen Präsidenten Emile Lahoud zu verlängern, führte zur Annahme der **Resolution 1559 der Vereinten Nationen** im September 2004, in der die Armee sowie die Sicherheitskräfte Syriens zum Abzug aus dem Libanon aufgerufen wurden. Des Weiteren forderte die Resolution die Entwaffnung der Miliz und die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität des Libanon.

Die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri im Februar 2005 beschleunigte den Abzug Syriens aus dem Libanon. Im April 2005 hatten die letzten Truppen den Libanon verlassen. Diese Ereignisse traten im Gefolge der **Resolution 1595 der Vereinten Nationen** ein, in der die Schaffung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen (UNIIC) zur Untersuchung des Attentats gefordert wurde. Die mangelnde Bereitschaft von Damaskus zur Zusammenarbeit mit dem ersten Untersuchungsteam unter der Leitung von Staatsanwalt Detlev Mehlis führte zu wachsendem internationalen Druck in Form weiterer Resolutionen. In den von Richter Serge Brammerz, dem neuen Untersuchungsleiter, vorgelegten Zwischenberichten der UNIIC wurde eine im Allgemeinen zufrieden stellende Kooperation durch die syrischen Behörden anerkannt.

Die **Beziehungen zwischen Syrien und den USA** stecken seit dem Irak-Krieg in einer Sackgasse, obwohl im Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen der Baker-Kommission eine leichte Öffnung erwartet werden könnte. Die USA arbeiteten auf eine zunehmende internationale Isolierung Syriens hin und begannen mit der Anwendung von Sanktionen im Mai 2004. Trotz dem Bekenntnis zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die Al-Qaida steht Syrien auf der US-amerikanischen Liste der den Terrorismus fördernden Staaten, da das Land die islamistische Hisbollah im Libanon unterstützt und radikale Palästinensergruppen beherbergt. Nach Hariris Ermordung verschlechterten sich die Beziehungen noch weiter.

Der Libanon ist auch der Kernpunkt für die belasteten **Beziehungen zwischen Syrien und der EU**. Syrien und die EU nahmen 1998 Verhandlungen über ein weit reichendes Assoziationsabkommen auf. Das Abkommen wurde von beiden Seiten im Oktober 2004 formell paraphiert, muss aber noch von den Mitgliedstaaten unterzeichnet werden, unter denen derzeit kein Konsens darüber besteht, die nächsten Schritte zu tun. Eine der Herausforderungen für Syrien besteht darin, die Hindernisse zu überwinden, welche die Mitgliedstaaten der EU von der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens abhalten. Nach seiner Unterzeichnung und Ratifizierung wird eine formelle politische Plattform für den Dialog geschaffen, in deren Rahmen Fragen wie

Menschenrechte und Demokratie, Terrorismusbekämpfung, regionale Stabilität, Liberalisierung des Handels, Annäherung der Rechtsvorschriften, kulturelle Zusammenarbeit und breite Unterstützung für wirtschaftliche und soziale Reformen erörtert werden können.

*Siehe auch Anhang 2 über die Chronologie der politischen Ereignisse.*

## 2.2 Wirtschaft und Handel

### *Zentrale wirtschaftliche Herausforderungen*

Syrien ist ein **Land im unteren Segment der mittleren Einkommensgruppe** mit einem geschätzten BIP pro Kopf von 1 365 USD, was im regionalen Vergleich niedrig ist.

**Die syrische Wirtschaft hängt sehr stark vom Erdölsektor ab und weist trotz jüngster Anzeichen für eine bessere Widerstandsfähigkeit weiterhin ein nicht sehr stabiles Gleichgewicht mit bedeutenden Strukturdefiziten auf.** Günstige Entwicklungen auf dem internationalen Ölmarkt, beruhigende Devisenreserven und bewältigbare Inlands- und Auslandsschulden ließen bisher kein echtes Krisengefühl aufkommen, da sie dem Land erlauben, ein gewisses Maß an makroökonomischer Stabilität aufrechtzuerhalten. Angesichts des unvermeidbaren Schwindens der nationalen Ölreserven kann man sich nicht selbstzufrieden zurücklehnen, da sich die anhaltend hohen Ölpreise auf den internationalen Märkten bald stark auf das Land auswirken werden, wenn Syrien im nächsten Jahrzehnt zum Nettoimporteur von Energie wird. Die Regierung ist sich dieser abnehmenden Energieressourcen immer mehr bewusst. Seit kurzem konzentriert sie sich auf die Förderung des nationalen Öl- und Gassektors durch ausländische Direktinvestitionen (ADI) und Technologien zur Verbesserung der Produktivität der Öl- und Gasfelder und durch das Ersetzen von Öl durch Erdgas bei der Elektrizitätserzeugung im Inland. Solche Maßnahmen können ein unvermeidliches Szenario, das für das Land potenziell schwerwiegende Fiskal- und Zahlungsbilanz-Schocks mit sich bringt, nur hinauszögern.

In diesem allgemeinen Zusammenhang stellt die **Wahrung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und des externen Gleichgewichts eine komplexe und dringende makroökonomische Herausforderung** für die syrischen Behörden dar.

Die Volkswirtschaft steht bei der Erzielung höherer Wachstumsraten vor gravierenden Hindernissen und hat weiterhin Bedarf an einer Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, der Wettbewerbsfähigkeit auf Auslandsmärkten und der wirtschaftlichen Diversifizierung. Das Land muss **rasch ein anderes Modell der wirtschaftlichen Entwicklung fördern**, das sich auf eine Anhebung der Haushaltsmittel aus anderen Quellen als dem Ölsektor und die Entwicklung des Privatsektors stützt und gleichzeitig für ein ausreichendes Wirtschaftswachstum sorgt, damit der zunehmende Bedarf an Arbeitsplätzen gedeckt und der Lebensstandard gesteigert werden kann. Um einen effizienten Übergang von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft zu gewährleisten, wird es erforderlich sein, das Wirtschaftsklima und die Funktionsweise des Arbeitsmarkts zu verbessern und parallel dazu weitere Fortschritte bei den Strukturreformen zu machen, insbesondere auf Ebene der öffentlichen Verwaltung und der verstaatlichten Unternehmen. Des Weiteren wird die Regierung das Netz der sozialen Sicherheit an die sich derzeit verändernden Wirtschaftsbedingungen anpassen und eine wirkungsvolle, umfassende Strategie zur Verringerung der Armut ausarbeiten müssen, um während des Übergangszeitraums eine übermäßige und dauerhafte Verarmung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten zu verhindern.

### *Makroökonomische Lage, Entwicklung des Privatsektors und Stand der Reformen*

#### Wirtschaftswachstum

Das **Wirtschaftswachstum außerhalb des Ölsektors** erwies sich 2004-2005 mit mehr als 5 % im Vergleich zu 3 %-4 % im Zeitraum 2002-2003 als robust. Auf der Grundlage der starken

Wirtschaftstätigkeit in der Region profitierte das Land von einem hohen Zufluss an ADI aus den Golfstaaten, während es seine eigene Ausfuhrleistung verbesserte. Bei einem nicht unerheblichen Anstieg der inländischen Kredite für private Investitions- und Konsumausgaben leistete auch die expansive Geldpolitik einen Beitrag zu diesem Wachstum. Dementsprechend zeigte sich mit einem Anstieg des VPI um 7 % zum Jahresende 2005 gegenüber 4,5 % im Jahr 2004 ein **besorgniserregender Aufwärtstrend bei der Inflation**.

#### Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

**Die Auslandsschulden Syriens liegen bei rund 25 % des BIP**, wobei sich das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Ausfuhrungen ohne Erdöl auf knapp über 15 % beläuft. Das kumulierte Nettodevisenvermögen der Zentralbank und der staatlichen Commercial Bank of Syria stellt einen beruhigenden Polster dar, der dem nationalen Einfuhrvolumen von 20 Monaten entspricht. Jüngste Verbesserungen im Haushaltssaldo ohne die Geldflüsse aus dem Ölsektor haben die Abnahme der Haushaltseinnahmen aus dem Ölgeschäft zum Teil ausgeglichen und das gesamte jährliche Haushaltsdefizit bei rund 4,5 % im Jahr 2005 stabilisiert. Allerdings entfallen mehr als zwei Drittel der Ausfuhrungen nach wie vor auf Erdöl und Erdölprodukte, und die Haushaltseinnahmen im Zusammenhang mit Erdöl machen noch mehr als 45 % des gesamten Staatshaushalts aus. Der Anstieg der Weltmarktpreise für Öl im Jahr 2005 gab dem Land eine zeitgerechte, aber kurze Atempause, indem das Schwinden der Devisenreserven eingedämmt und die nicht umkehrbare Verschlechterung der nationalen Ölbilanz, die sich 2005 gegenüber 2004 bereits halbiert hatte, verzögert wurde.

Das **im internationalen Vergleich niedrige Verhältnis der Steuern zum BIP**, das auf 10,5 % geschätzt wird, lässt erheblichen Spielraum für eine Erhöhung der Steuern ohne negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Regierung hat ein **starkes Engagement für eine umfassende Reform der Haushaltsführung und einen Konsolidierungsprozess** bewiesen. Die Prioritäten konzentrieren sich auf eine Modernisierung und Straffung der Steuer- und Zollverwaltung, die Schaffung einer Stelle für große Steuerzahler, die Vereinfachung des Steuersystems und die Einrichtung einer effizienten indirekten Besteuerung durch die Einführung der Mehrwertsteuer auf breiter Basis bis 2008. Diese Bemühungen sollten mittelfristig zwar zur Verbreiterung der Steuerbasis führen, aber **der Großteil der nicht aus dem Ölsektor stammenden Haushaltsmittel kommt derzeit noch von den staatlichen Unternehmen**, bei denen Unsicherheiten hinsichtlich ihrer langfristigen wirtschaftlichen und finanziellen Lebensfähigkeit sowie der Transparenz der Rechnungslegungsstandards bestehen. Folglich wirft die aktuelle Lage ohne rasche Erfolge bei der Reform der Haushaltsführung Zweifel an der Tragfähigkeit der Finanzlage des Landes auf.

#### Strukturreformen

Bei der **Modernisierung der staatlichen Verwaltung und des Managements der öffentlichen Ausgaben** sowie bei der **Umstrukturierung der verstaatlichten Unternehmen** wurden geringe Fortschritte erzielt, obwohl dies eine Voraussetzung für den Erfolg eines umfassenden Reformprozesses in einem Land mit weit verbreiteten Eingriffen der Regierung in die Wirtschaft ist.

Der aufgeblähte, ineffiziente Beamtenapparat ist nach wie vor ein bedeutendes Hindernis für eine wirkungsvolle Wirtschaftsführung, ordnungspolitische Maßnahmen und die Durchführung von Reformen durch Regierungsstellen. Die staatliche Ausgabenpolitik ist besonders schwach, was auf das Fehlen einer klaren Politik in den einzelnen Sektoren, eines **mittelfristigen Ausgabenrahmens** und der maßnahmenbezogenen Budgetierung zurückzuführen ist.

Die staatseigenen Unternehmen profitieren in einer Reihe von Sektoren wie Erdöl- und -gaserzeugung, Versorgungsunternehmen und Infrastruktur von einem Monopol und von einigen wichtigen strategischen Lieferketten in der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe. Da diese Unternehmen günstige Darlehen sowie direkte und indirekte Beihilfen erhalten, ziehen sie in einer Situation, in der **leichte Budgetrestriktionen** bestehen, erhebliche öffentliche Mittel an sich

und behindern oft die Entwicklung des Privatsektors. Der große Umfang der quasi-finanzpolitischen Aktivitäten trägt auch zur mangelnden Transparenz und zur schlechten Verwaltung des Staatshaushalts bei.

Die **staatlichen Unternehmen erwirtschaften rund 30 % des BIP** vor allem im Bereich der Erdölförderung und der Finanzdienstleistungen. Sie gelten als kapitalintensiv und beschäftigen ungefähr 300 000 Personen (7 % der gesamten nationalen Beschäftigung), was im regionalen Vergleich und im Verhältnis zu den 900 000 Beamten eine relativ geringe Anzahl ist. Die Landwirtschaft (35 % des BIP ohne den Erdölsektor) und die nichtfinanziellen Dienstleistungen sind nun die Domäne des Privatsektors.

Die Regierung hat vor kurzem mit der **Deregulierung der staatseigenen Unternehmen** begonnen. Neuere Gesetze gewähren ihnen mehr unternehmerische Flexibilität und Autonomie und führen Grundsätze der Unternehmensführung ein. Eine im Juni 2001 eingebrachte Gesetzesvorlage erlaubt es internationalen Unternehmen, die Leitung — aber nicht das Eigentum — von Syriens staatseigenen Betrieben zu übernehmen, um sie rentabel zu machen. In dem Bestreben, die weitere Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors zu verringern, beschloss die Regierung auch, dass jede neue Investition in ein staatliches Unternehmen anhand von Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Lebensfähigkeit zu beurteilen ist.

Die bestehenden **allgemeinen Preissubventionen stellen ein kostspieliges und ineffizientes System dar**, das auf rund 15 % des BIP geschätzt wird. Die Regierung hat zwar einige Maßnahmen ergriffen, um das Niveau der Subventionen insbesondere für Strom und Gas zu verringern, aber die gründliche Überarbeitung dieses Systems sollte voll und ganz in eine umfassende Reform der Haushaltsführung integriert werden. Dieser Prozess wird allerdings zu erheblichen sozialen Kosten für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten führen. Die Regierung hat vor kurzem weitere Senkungen verschoben und ist sich zunehmend dessen bewusst, dass die Schaffung eines gezielten und effizienten Netzes der sozialen Sicherheit dringend notwendig ist.

#### Entwicklung des Privatsektors und Wirtschaftsklima

**Die Entwicklung der Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen gehört zu den bedeutendsten Herausforderungen der syrischen Behörden.** Die Zukunftsaussichten sind beunruhigend, wenn man bedenkt, dass in den nächsten zehn Jahren Schätzungen zufolge jährlich 300 000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen.

**Die Aufnahmekapazität des Arbeitsmarkts hängt weitgehend von den Geschäftschancen,** der Ausweitung der nationalen Wirtschaftstätigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit auf den Ausfuhrmärkten ab. Die Entwicklung des Privatsektors, die für die erforderliche Ankurbelung des Wachstums und die Steigerung der Beschäftigung außerhalb des Erdölsektors nötig wäre, wird allerdings durch ein **schlechtes Wirtschaftsklima** behindert. Unternehmen kämpfen mit umständlichen Registrierungsverfahren, allgegenwärtigen Kontrollen und bürokratischen Hürden, hohen Einstiegs- und Ausstiegskosten, einer trägen Justiz, schlechter Infrastruktur und anhaltend ungünstigen rechtlichen Rahmenbedingungen, zu denen restriktive Handels- und Devisenvorschriften, das Bestehen mehrerer technischer Handelshemmnisse und die schwache Durchsetzung von Eigentumsrechten zählen. In der neuesten Ausgabe von „Doing Business“ der Weltbank nahm Syrien unter 155 Ländern den Platz 121 ein. Damit liegt das Land weit hinter benachbarten Ländern wie Jordanien (74), der Türkei (93) und dem Libanon (95). In dem von der UNCTAD veröffentlichten World Investment Report für 2004 hält Syrien beim FDI Performance Index, der die Attraktivität für ADI angibt, unter 140 Ländern ebenfalls nur den Platz 121. Der Bestand an ADI entspricht ungefähr 10 % des BIP, was bestätigt, dass ein attraktiveres Investitionsklima dringend erforderlich ist, wenn Syrien im regionalen Vergleich wettbewerbsfähig sein und erfolgreich am internationalen Handel und an der Weltwirtschaft teilnehmen will.

Die Entwicklung des Privatsektors wird auch durch einen aufgrund von abschreckenden Zinssätzen **eingeschränkten Zugang zu Darlehen** sowie durch das Fehlen von Kapitalmarkt- und entsprechenden Wagniskapitaltransaktionen gehemmt. Die Darlehen für den Privatsektor machen nach wie vor nur einen Bruchteil des gesamten Kreditvolumens aus, das im Wesentlichen vom Staat dominiert wird. Die Investitionsrate des Privatsektors lag im letzten Jahrzehnt bei nur 9 %, und die Bankdarlehen an den Privatsektor erreichten lediglich 15 % des BIP im Vergleich zu 38 % im regionalen Durchschnitt. Trotz dieser Schwierigkeiten entfallen auf den Privatsektor 60 % des BIP. Während gut eingeführte private Unternehmen häufig über libanesischen Banken und andere Offshore-Finanzquellen Fremdwährungsdarlehen zu hohen Kosten aufgenommen haben, können sich aufstrebende KMU und Familienbetriebe solche Kosten nicht leisten und müssen für die Aufnahme oder Ausweitung ihrer Tätigkeit andere Finanzierungsquellen finden, wobei sie sehr stark auf Eigenmittel angewiesen sind.

Der Zugang zu Fremdwährungskrediten für die Finanzierung von Handelsaktivitäten hat sich durch die grundlegenden **Veränderungen im Banksektor** allerdings verbessert. Im Jahr 2004 wurden private Banken eingerichtet, und die Liberalisierung des Finanz- und Versicherungssektors hat begonnen. Eine umfassende Umstrukturierung des staatlichen Banksektors, der Abschluss der Wechselkursvereinheitlichung und die volle Konvertierbarkeit von Leistungsbilanztransaktionen fehlen jedoch noch. Verzögerungen bei der Schaffung eines günstigen rechtlichen Umfelds für Bankverfahren und bei der Entwicklung moderner und flexibler geldpolitischer Instrumente hindern den Banksektor noch daran, die bestehenden Spareinlagen im In- und Ausland für private Investitionen in Produktionsanlagen bereitzustellen. Die Regierung hat eine umfassende Umstrukturierung des öffentlichen Finanzsektors, den Abschluss der Wechselkursvereinheitlichung und die volle Konvertierbarkeit von Leistungsbilanztransaktionen, eine größere Autonomie für die Zentralbank, die Schaffung eines Systems von Schatzwechseln, die Umsetzung internationaler Standards (Basel II) sowie die Anhebung des Mindestkapitals und der Obergrenze für ausländische Beteiligungen an syrischen Banken angekündigt. Darüber hinaus erörtern die nationalen Währungsbehörden die Einrichtung einer Börse, doch es müssen noch wesentliche Voraussetzungen dafür im Hinblick auf die Transparenz der Rechnungslegungsstandards für Unternehmen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden.

Syrien unterzeichnete im Oktober 2004 die **Unternehmenscharta Europa-Mittelmeer** und verpflichtete sich dazu, einfachen Verfahren für Unternehmen, unternehmerischer Initiative als Bildungsziel, leichterem Zugang zu Finanzmitteln und einem besseren Marktzugang Priorität einzuräumen. Diese Verpflichtung spiegelt sich in der Aufnahme der Grundsätze der Charta in den Fünfjahresplan 2006-2010 wider, welcher der Regierung Leitlinien für eine Politik vorgibt, die KMU und die Entwicklung des Privatsektors begünstigen.

### Entwicklungen im Handel

**Die syrische Handelsbilanz ist weiterhin für internationale Schwankungen der Rohstoffpreise stark anfällig.** Auf Erdöl und Erdölprodukte entfallen nach wie vor mehr als zwei Drittel der Ausfuhren, während die übrigen Ausfuhren bei rund 15 % des BIP stagnieren. Die mangelnde Diversifizierung und Wettbewerbsfähigkeit der syrischen Exportindustrie, der starke Anstieg der Einfuhren aufgrund des Prozesses der Handelsliberalisierung und der immer stärkere Rückgang der Ausfuhr von mineralischen Brennstoffen und Erdölprodukten aufgrund des allmählichen Schwindens der Ölreserven des Landes werden die nationale Handelsbilanz weiterhin unter Druck setzen.

Neben der Beteiligung Syriens an der arabischen Freihandelszone GAFTA und den Verhandlungen über das Assoziationsabkommen mit der EU machte die Regierung in den letzten Jahren **die Liberalisierung des Handels zu einem zentralen Element ihrer Reformagenda**. Überdies erneuerte Syrien vor kurzem den Antrag auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO).

Mit Unterstützung durch die EU und die Vereinten Nationen wurde eine **Modernisierung der Zollverwaltung und die Vereinfachung der Zollverfahren** in Angriff genommen. Die Weltbank und der IWF unterstützten das Land bei der Vereinfachung des neuen Zollkodex, der bald in Kraft treten sollte. Seit 2004 hat Syrien durch die Abschaffung abschreckender Spitzenzölle seine Zollabgaben sowie die Anzahl der Zollspannen drastisch gesenkt.

Die Liberalisierung des Handels muss jedoch noch weitere Fortschritte machen, damit das Land seine künftigen Verpflichtungen im Rahmen der WTO erfüllen kann. Das Syriens allgemeines **Handelssystem ist im internationalen Vergleich nach wie vor restriktiv**. Syrische Händler sind überall mit technischen Handelshemmnissen, Beschränkungen bei laufenden Transfers und im Kapitalverkehr sowie mit umständlichen Gewerbezulassungsverfahren konfrontiert. Des Weiteren wirken sich die verbleibenden staatlichen Handelsmonopole negativ auf die Handelsaktivitäten des Privatsektors aus. Die nationalen Rechtsvorschriften für den Handel sind noch nicht ausreichend transparent und sind häufig nicht allgemein zugänglich. Die Handelserleichterungen sollten weiter ausgebaut werden.

Der Prozess zur Liberalisierung des Handels wird Hand in Hand mit einer **nationalen Politik zur aktiven Exportförderung** gehen müssen, um das Ausfuhrpotenzial des syrischen Privatsektors zu mobilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes beim Handel und bei Investitionen in der Region zu steigern.

**Die EU ist Syriens wichtigster Handelspartner**, obwohl der Anteil der EU an Syriens Aus- und Einfuhren in den letzten Jahren erheblich gesunken ist (von 60 % bzw. 35 % im Jahr 2001 auf 23 % bzw. 19 % im Jahr 2005). Die meisten Ausfuhren in die EU stehen im Zusammenhang mit Erdöl (85 %), obwohl die Baumwollexporte stark zugenommen haben.

**Syrien hat in den letzten Jahren neue Märkte erschlossen** und bilaterale Präferenzabkommen mit einer heterogeneren Gruppe von Wirtschaftspartnern wie der Türkei, Russland, China, dem Iran, Indien und der Ukraine abgeschlossen. Die geografischen Muster der Handelsströme zeigen aufgrund der vollen Umsetzung der GAFTA eine stärkere Integration mit den arabischen Ländern. Diese bilden den primären Markt für syrische Ausfuhren abgesehen vom Erdöl (35 % der gesamten syrischen Exporte) und sind für annähernd 17 % der gesamten syrischen Einfuhren verantwortlich (die wichtigsten Partner sind Saudi-Arabien, Ägypten und die VAE). Die asiatischen Staaten haben mit rund 28 % der gesamten syrischen Einfuhren ihre Position bei der Belieferung des syrischen Marktes erheblich ausgebaut.

Ein **Freihandelsabkommen mit der Türkei** wird 2007 in Kraft treten. Es könnte bedeutende Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, da die Türkei der zweitwichtigste Handelspartner Syriens nach der EU ist und auf dieses Land 11 % des gesamten syrischen Handels entfallen.

### 2.3 Soziale Entwicklung

Mit Platz 106 unter 177 Ländern auf dem weltweiten Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) laut dem Bericht über die menschliche Entwicklung für 2004 gehört Syrien zu den Ländern der Kategorie „**mittlere menschliche Entwicklung**“.

**In den letzten vier Jahrzehnten hat Syrien bedeutende Fortschritte in vielen Bereichen der menschlichen Entwicklung erzielt.** Der HDI zeigt für Syrien in den letzten 25 Jahren einen stetigen Aufwärtstrend, und von 1985 bis 2003 einen Anstieg von 0,611 auf 0,710. Hinsichtlich der grundlegenden Indikatoren<sup>2</sup>, zum Beispiel Lebenserwartung, Einschulungsquote im

---

<sup>2</sup> Die Abschlussquote der Primarstufe wird für Jungen auf 95 % und für Mädchen auf 88 % geschätzt (Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, 2001), während die Alphabetisierungsquoten in der Altersgruppe der

Primarschulbereich, Impfraten sowie Säuglings- und Kindersterblichkeit, und hinsichtlich der entsprechenden geschlechterspezifischen Indikatoren, einschließlich der Beteiligung der Frauen am politischen Leben, sind die Bedingungen in Syrien wesentlich besser als in den meisten Entwicklungsländern.

**Diese positiven Entwicklungen könnten allerdings in Gefahr geraten**, wenn Syrien sein Programm für wirtschaftliche Reformen in Angriff nimmt und das Problem der schwindenden Ölreserven zu bewältigen hat. Es besteht sowohl kurzfristig als auch langfristig das Risiko, dass die am stärksten benachteiligten Menschen auf der Strecke bleiben.

Laut dem UNDP nahm die Armut (die nationale Armutsgrenze liegt bei zwei Dollar pro Tag) von 14,3 % im Zeitraum 1996-1997 auf 11,4 % im Zeitraum 2003-2004 ab, **doch das Wirtschaftswachstum in Syrien hat nicht die Armen begünstigt sondern die Ungleichheit vergrößert.**<sup>3</sup> Derzeit leben 30 % der Bevölkerung knapp über der Armutsgrenze und können ihre Grundbedürfnisse in einem annehmbaren Umfang decken.

Die Armut ist in ländlichen Gebieten im Allgemeinen häufiger anzutreffen als im städtischen Bereich. Die größten Unterschiede zeigen sich in einem geografischen Einkommensgefälle, wobei die **nördlichen und nordöstlichen Regionen am ärmsten sind**. Das Bildungsniveau weist eine starke Korrelation zum Armutsrisiko auf: für unqualifizierte Arbeiter oder Selbständige, die marginale und unqualifizierte Tätigkeiten ausführen, ist die Wahrscheinlichkeit der Armut am höchsten.

Da ein großer Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen nahe an der Armutsgrenze lebt, **können selbst kleine Veränderungen beim Wachstum und der Einkommensverteilung erhebliche Auswirkungen auf die Armutszahlen haben**. Dies erklärt, weshalb die Abschaffung des derzeitigen Systems staatlicher Beihilfen für einige Nahrungsmittel und Energiepreise Anlass zu großer Sorge gibt. Darüber hinaus ist es fraglich, ob die heutige staatliche Politik mit kostenlosem Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten für die öffentlichen Finanzen weiterhin tragbar ist.

**Das bestehende Netz der sozialen Sicherheit ist kostspielig und ineffizient, da es wenig treffsicher ist**. Es kann die Armutsrisiken, die sich aus dem Prozess des wirtschaftlichen Übergangs in Syrien ergeben, nicht bewältigen. Da effiziente Mechanismen für die gezielte Ausrichtung der Leistungen ebenso fehlen wie ein gut diversifiziertes Angebot an Diensten, geeignete institutionelle Strukturen und Mechanismen für die Erbringung der Leistungen, wurde das offizielle Netz der sozialen Sicherheit durch ein informelles System des Sozialschutzes auf der Basis der Familie, der lokalen Gemeinschaft und der religiösen Einrichtungen ergänzt.

**Die Regierung wird eine effiziente Wohlfahrts- und Humankapitalpolitik entwickeln müssen**, die mit dem wirtschaftlichen Übergang Hand in Hand geht und eine übermäßige, dauerhafte Verarmung der am stärksten benachteiligten Gruppen verhindert.

**Der syrische Arbeitsmarkt steht auf der Angebotsseite unter hohem Druck**. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Berufseinsteiger sind zahlreich, und durch die Reform des öffentlichen Sektors werden voraussichtlich auch noch entlassene Beamte zusätzlich auf den Arbeitsmarkt

---

15- bis 24-jährigen für Frauen bei 93 % und für Männer bei 97 % liegt (Millennium-Entwicklungsziele, 2004). Die nationalen Gesundheitsindikatoren wie die Lebenserwartung (71,7 Jahre), die Säuglingssterblichkeit (19,3 je 1 000 Geburten) und die Müttersterblichkeit (65 je 100 000 Geburten) veranschaulichen den Erfolg des syrischen Systems der primären Gesundheitsversorgung.

<sup>3</sup> Der Gini-Koeffizient stieg von 0,32 im Jahr 1997 auf 0,37 im Jahr 2004. Im Zeitraum 2003-2004 entfielen auf die einkommensschwächsten 20 % der Bevölkerung nur 7 % aller Ausgaben in Syrien, während die reichsten 20 % der Bevölkerung 45 % des Konsums erreichten.

strömen. Nach amtlichen Schätzungen liegt die Arbeitslosenquote bei rund 12 % (2004), doch 16 % ist ein realistischerer Wert, wobei ein Aufwärtstrend insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet wird. Da 35 % der Bevölkerung unter 14 Jahre alt sind, sollte die Zahl der Arbeitskräfte in den nächsten 20 Jahren um durchschnittlich 4 % wachsen. Trotz dieser kritischen Lage waren die Reformen bisher enttäuschend. Überdies ist der Arbeitsmarkt starr. Arbeitgeber haben nur beschränkte Rechte, Arbeitnehmer aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen. Es bestehen detaillierte Regelungen für Mindestlöhne für alle Wirtschaftszweige, und hohe Lohnnebenleistungen im staatlichen Sektor dämpfen die Mobilität. Syrische Arbeitskräfte ziehen ins Ausland ab, wobei qualifizierte Arbeitnehmer vor allem in die Golfstaaten auswandern, während unqualifizierte Syrer oft als Saisonarbeiter in der libanesischen und jordanischen Landwirtschaft tätig sind. Die Flüchtlingskrise in der Region verschärft den Druck auf dem syrischen Arbeitsmarkt. Wenn ausreichende Anreize geschaffen würden, könnten die im Ausland lebenden Syrer durch ihre Überweisungen, Investitionen und Qualifikationen den Übergang zu einer offeneren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft unterstützen.

**Das Bildungssystem**, einschließlich der beruflichen und fachlichen Ausbildung, **muss stark modernisiert werden, um die Anforderungen des nationalen Arbeitsmarkts besser zu erfüllen** und die Qualifikationen der Arbeitskräfte zu verbessern. Während der letzten drei Jahrzehnte wurde mit der Bildungspolitik in Syrien das Ziel eines kostenlosen und demokratischen Zugangs zur Bildung für alle verfolgt. Trotz beachtlicher Fortschritte sind weitere Verbesserungen bei den Einschulungs- und Abschlussquoten sowie bei der Qualität der Bildung nötig. Eine bessere Synergie zwischen dem Bildungswesen und dem Arbeitsmarkt ist nun erforderlich, damit die Arbeitskräfte leichter und rascher die Qualifikationen erwerben können, die gefragt sind. Eine Beteiligung des Privatsektors an den Reformen würde dafür sorgen, dass das Bildungswesen besser auf den Bedarf der Wirtschaft eingeht. Die Anhebung der Qualifikationen der syrischen Arbeitskräfte, so dass sie sich leichter anpassen und mit technologischen Entwicklungen Schritt halten können, ist auch für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in der Region und für seine Attraktivität für ADI von wesentlicher Bedeutung.

**Die Regierung hat bereits Maßnahmen ergriffen, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln.** Dazu gehören eine Beobachtungsstelle für den Arbeitsmarkt, Programme für die Lehrlingsausbildung sowie eine Modernisierung des nationalen Systems für die fachliche und berufliche Aus- und Weiterbildung. Im Jahr 2002 richtete sie die Agentur für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein, die unternehmerische Ausbildung, Kleinstkredite und ein Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen anbot. Des Weiteren rief sie Arbeitsämter ins Leben. Die Agentur wurde im September 2006 durch die Öffentliche Kommission für Beschäftigung und Projektentwicklung ersetzt. **So lange allerdings echte, umfassende Beschäftigungs- und Bildungsstrategien, einschließlich einer Strategie für das lebensbegleitende Lernen, fehlen, kann mit diesen Initiativen das besorgniserregende Beschäftigungsproblem des Landes nicht vollständig in Angriff genommen werden.**

*Siehe auch Anhang 3 über ausgewählte wirtschaftliche und soziale Indikatoren.*

## 2.4 Energie, Verkehr, Umwelt, Informationsgesellschaft und Medien

### *Energie*

**Syrien produziert Erdöl und Erdgas.** Beim Erdöl sind die geförderte Menge und die Produktion aufgrund des Schwindens der Reserven und der veralteten Infrastruktur seit 1996 stetig gesunken. Die Produktion erreichte 1996 mit 590 000 Barrel Öl pro Tag ihren Höhepunkt und ging 2005 laut Schätzungen auf 414 000 Barrel pro Tag zurück. Bei steigendem Inlandsverbrauch könnte Syrien innerhalb eines Jahrzehnts zu einem Nettoimporteure von Erdöl werden. Ein Kernpunkt der Strategie der Regierung ist der Ausbau des Gasmarktes, wobei der erste Schritt darin besteht, das zur Stromerzeugung verwendete Erdöl durch Erdgas zu ersetzen, damit mehr Öl für den Export zur Verfügung steht. Erdgas bietet Syrien Spielraum bei Produktion und Export in der Zukunft — die vermarktete Gasproduktion erreichte 2005 rund 5 Mrd. Kubikmeter und wird Prognosen zufolge 2010 10,5 Mrd. Kubikmeter und 2015 11,8 Mrd. Kubikmeter erreichen.

**Syrien wird zum Energietransitland für Erdgas.** Syrien gehört dem regionalen Konsortium an, das die so genannte „Arab Gas Line“ errichtet. Diese an Land verlaufende Erdgasleitung liefert bereits ägyptisches Erdgas nach Jordanien und soll später auch den Libanon und Syrien versorgen. Über diese Pipeline könnte Erdgas bis in die Türkei befördert werden, und nach Fertigstellung der Erdgasleitungen zwischen der Türkei und der EU, insbesondere der vom Kaspischen Meer/Nahen Osten nach Europa führenden „Nabucco-Pipeline“, könnte syrisches und ägyptisches Erdgas auf den Balkan und in die EU geliefert werden. Des Weiteren wird Syrien zum Transitland für Erdgas aus dem Irak werden.

Syrien beteiligt sich auch an einer von der EU geförderten Initiative zur Integration der Erdgasmärkte von Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien und zur Bildung eines **Binnenmarkts unter den Maschrek-Staaten**, der später mit dem Erdgasbinnenmarkt der EU zusammengeschlossen werden könnte.

In Syrien besteht ein erhebliches **Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen** — Wind- und Sonnenenergie — **sowie für eine Steigerung der Energieeffizienz und für Energiesparmaßnahmen.**

### *Verkehr*

Syrien hat das strategische **Potenzial, zu einem regionalen Verkehrsknotenpunkt zu werden.** Seine Häfen könnten das Tor am Mittelmeer für Landverkehrswege in den Irak und Iran sowie nach Zentralasien werden. Des Weiteren liegt Syrien an der Nord-Süd-Verbindung von der Türkei und Europa zum Persischen Golf. Allerdings sind enorme Investitionen zur Verbesserung und Modernisierung der Anlagen erforderlich. Während die Häfen aufgrund der Bedeutung des Seeverkehrs für den Außenhandel des Landes derzeit modernisiert werden, behindern gravierende Einschränkungen bei der Bereitstellung von Straßen- und Bahnverbindungen in den Osten die Fähigkeit Syriens, zur Hauptroute für den Ost-West-Handel zu werden. Syrien war in der hochrangigen Gruppe über die Erweiterung der transeuropäischen Netze auf die Nachbarländer der EU vertreten. Eine der von dieser Gruppe vorgeschlagenen vorrangigen Verkehrsachsen verbindet Syrien mit der Türkei sowie mit Jordanien und Ägypten und umfasst auch Verzweigungen von Tartus nach Homs und von Beirut nach Damaskus.

Die Politik der Regierung ist darauf ausgerichtet, den Privatsektor zu fördern und stärkere **öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)** zu entwickeln. Das BOT-Modell (Build, Operate, Transfer — Bau, Betrieb, Transfer) wird zunehmend für Flug- und Seehäfen sowie mehrere ehrgeizige Infrastrukturprojekte, einschließlich Eisenbahnen, Autobahnen und der Fluglinie, verwendet. **Unzulänglichkeiten des ordnungspolitischen und rechtlichen Umfelds** bilden jedoch noch immer ein Hindernis. Der nationale Verkehrssektor liegt weiterhin vorwiegend in staatlichen

Händen, und das derzeitige verfahrenstechnische System ist für die Förderung moderner Managementmethoden und die Beteiligung des Privatsektors nicht günstig.

Das Verkehrsministerium hat einen **Entwurf der Verkehrsstrategie für die Zeit bis 2020** ausgearbeitet, der zurzeit geprüft wird und sich als Bezugspunkt auf das Weißbuch der Europäischen Kommission für den Verkehrssektor stützen sollte. Die Strategie erstreckt sich auf den Luft-, See-, Schienen-, Straßen- und Stadtverkehr und weist BOT-Modellen für neue Investitionen einen bedeutenden Platz zu. Das Dokument sollte auch die Notwendigkeit anerkennen, ein solides und attraktives Geschäftsumfeld für den Privatsektor zu schaffen, damit sich dieser an der Erbringung von Transportdienstleistungen im Einklang mit den festgelegten Regeln und unter Aufsicht der zuständigen Regulierungsstellen des öffentlichen Sektors beteiligt. Im Fünfjahresplan für den Zeitraum 2006-2010, mit dem auch eine Steigerung des Anteils des Verkehrs am BIP auf 15 % angestrebt wird, sollten auch zunehmende Mittel für Investitionen in diesen Sektor vorgesehen werden.

**Syrien beteiligt sich an der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer im Verkehrssektor** (Verkehrsforum Europa-Mittelmeer und seine Arbeitsgruppen) sowie an den verschiedenen regionalen Verkehrsprojekten, die im Rahmen des Programms MEDA finanziert werden. Zu den Prioritäten zählen die Weiterentwicklung und Reform des Verkehrssektors sowie die bessere Anbindung Syriens an Europa und an seine Nachbarstaaten. Auf der ersten Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz über Verkehr, die im Dezember 2005 in Marrakesch stattfand, nahmen die Minister auf der Grundlage der Empfehlungen des Blaubuchs über den Verkehr im Mittelmeerraum und des Berichts der hochrangigen Gruppe die Prioritäten für den Verkehrssektor in den nächsten Jahren an. Dazu gehören: institutionelle Reformen, Herstellung fehlender Verbindungen, Reformen und Sicherheit im Seeverkehr, Aufbau eines multimodalen Verkehrssystems, Förderung der regulatorischen Konvergenz und der technischen Zusammenarbeit im Luftverkehr und die Einbeziehung der Partnerländer aus dem Mittelmeerraum in Galileo.

### *Umwelt*

Syrien ist mit gravierenden natürlichen und anthropogenen Umweltproblemen konfrontiert, die umgehend in Angriff genommen werden müssen. Am dringendsten sind Maßnahmen in Bezug auf die **Wasserknappheit und -verschmutzung, die Bodenverschlechterung, die Luftverschmutzung, die ungenügende Behandlung und Entsorgung fester Abfälle, den Rückgang der biologischen Vielfalt sowie die Küsten- und Meeresverschmutzung.**

Wirtschaftswachstum, Verstädterung, starkes Bevölkerungswachstum<sup>4</sup> und eine Veränderung der Konsumgewohnheiten führten zu einer Ausweitung der Industrie, einem Anstieg des Energiebedarfs und einer Zunahme des Abfallvolumens. Dies wiederum schlug sich in einer **Übernutzung und Verschmutzung der knappen natürlichen Ressourcen, insbesondere des Wassers,** nieder. Die Entsorgung von unbehandelten kommunalen und industriellen Abwässern, ausgetretenes Öl aus Raffinerien und Ölterminals sowie die Bewirtschaftung fester Abfälle stellen bedeutende Herausforderungen dar. Die Verschlechterung der Umweltsituation beeinträchtigt nun die Gesundheit und die wirtschaftliche Produktivität der Bevölkerung. Umweltbedingte Krankheiten treten häufig auf, und die Kosten der Umweltschäden werden auf 5 % des BIP geschätzt.<sup>5</sup>

All diese zunehmenden Belastungen der natürlichen Ressourcen und die Verschlechterung ihres Zustands veranlassten die Regierung zu einigen **rechtlichen und institutionellen Maßnahmen,** zu

---

<sup>4</sup> Mehr als 65 % der Bevölkerung leben in großen Städten (Damaskus, Aleppo, Homs und Hama) im Westen und entlang der Küste, während der Rest des Landes dünn besiedelt ist.

<sup>5</sup> Die Kosten der Umweltschäden in Syrien wurden vom UNDP unter Berücksichtigung von Indikatoren wie medizinische Versorgung, Krankenhausaufenthalte und Anzahl der Ausfalltage infolge von Krankheiten, welche über Wasser und Luft übertragen werden, Beeinträchtigung der Lebensqualität, Kosten von Wasser bei abnehmenden Grundwasserreserven oder Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen berechnet.

denen die Annahme eines nationalen Umweltgesetzes sowie einer nationalen Umweltstrategie und eines Umweltaktionsplans im Jahr 2002 zählten, welche in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem UNDP ausgearbeitet wurden. Bei der Annahme und Umsetzung von sekundärrechtlichen Vorschriften und sektoralen Strategien wurden jedoch nur geringe Fortschritte erzielt. Dies zählt zusammen mit der Sensibilisierung für Prioritäten des Umweltschutzes zu den Hauptaufgaben des Ministeriums für lokale Verwaltung und Umwelt, das 2003 aus der Zusammenlegung des Ministeriums für Umweltangelegenheiten und des Ministeriums für lokale Verwaltung hervorging.

Syrien hat eine Reihe von **internationalen und regionalen Abkommen ratifiziert** und ist 2006 dem Kyoto-Protokoll beigetreten. Um seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, muss Syrien Durchführungsvorschriften ausarbeiten und annehmen.

*Weitere Einzelheiten zu diesem Bereich finden sich auch in Anhang 4 über das Umweltprofil Syriens.*

### **Informationsgesellschaft und Medien**

Im internationalen Index für den digitalen Zugang (Digital Access Index der ITU) nimmt Syrien zwar noch einen schlechten Platz ein, hat aber dank der starken Unterstützung durch den Präsidenten **echte Fortschritte im IT-Bereich** gemacht. Mit der Fertigstellung des öffentlichen Datennetzes Ende 2005 wird die Informationsgesellschaft zur Realität. Mitte 2005 war die Verbreitung des Internet mit einer Durchdringungsrate von 3,3 % noch gering, aber es wurde mit einem Anstieg der Internet-Anschlüsse in Syrien um 25 % jährlich während des Zeitraums 2005-2009 gerechnet. Syrien verzeichnete von 2000 bis 2005 auch die stärkste Wachstumsrate der Region bei den Internet-Anschlüssen, da das staatliche Monopol die Kontrolle über die Internet-Anbieter zu lockern begann und eine steigende Anzahl von neuen Lizenzen an private Gruppen erteilt wurde.

Eine Ausweitung des Wettbewerbs in diesem Sektor ist noch nötig, zumal der **Zugang zum Internet für den Durchschnittsbürger und für Unternehmen in Syrien weiterhin kostspielig ist**. Folglich ist auch die Verbreitung von ISDN-Anschlüssen äußerst gering, wobei nur 18 % der verfügbaren Leitungen von einzelnen Verbrauchern gemietet wurden.

Trotz der Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfs über die Schaffung einer unabhängigen Regulierungsstelle für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Jahr 2005 wurde diese Behörde noch nicht eingerichtet. **Im Sektor der elektronischen Kommunikation fehlt in Syrien weiterhin ein umfassender rechtlicher Rahmen, und auf dem Telefonmarkt mangelt es an Wettbewerb, was beides für die Förderung von Investitionen nötig ist.**

Eine Anhebung der Telefondichte auf 20 % bis 2007 und eine Steigerung der Internet-Nutzung auf 30 % bis 2013 sind zwei der Ziele, welche das Ministerium für Kommunikation und Technologie in seinem **strategischen Plan aus dem Jahr 2004** festgelegt hat. Dies würde umfangreiche neue Investitionen in die Infrastruktur und in Humanressourcen erfordern.

Weniger als ein Drittel der nationalen Schulen sind an das Internet angeschlossen, aber seit 2005 wurden neue zertifizierte und lizenzierte IKT-Ausbildungsinstitute und Hochschulen eingerichtet, deren Lehrpläne sich speziell auf IT konzentrieren. Des Weiteren werden Pläne für die Schaffung von technologischen Gründerzentren erwogen, die Impulse für einen stärkeren, einheimischen IT-Sektor setzen würden. Zur Verbesserung des **niedrigen e-Government-Index** haben die nationalen Behörden mit Unterstützung der EU mehrere Projekte ausgearbeitet, wie zum Beispiel das **e-Government-Portal, das bis zum Jahr 2008 die ersten e-Government-Anwendungen online anbieten soll**.

In der Regierung und im Privatsektor ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass die **Forschung und innovationsbezogene Aktivitäten verstärkt** werden müssen (derzeit entfallen darauf knapp über null Prozent des BIP). Der Fünfjahresplan sieht Maßnahmen vor, mit denen die Gründung von innovativen Firmen und FuE-Zentren zum Beispiel durch stärkere Einbeziehung der Universitäten

und den Aufbau von Technologieparks und Gründerzentren gefördert werden soll. Dadurch werden laufende, aber noch unzureichende Bemühungen zur Anpassung des rechtlichen Rahmens für geistiges Eigentum, Markenzeichen, Patente und Lizenzen an internationale Standards und Abkommen ergänzt.

## 2.5 Schlussfolgerungen

**Reformen sind für Syrien zu einer strategischen Notwendigkeit geworden.** Die Herausforderungen, vor denen das Land steht, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Einleitung eines Demokratisierungsprozesses (angefangen mit Kommunalwahlen), Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und stärkere Achtung der Menschenrechte.
- Verbesserung der institutionellen Governance, Aufbau von Kapazitäten zur Durchführung von Reformen, Verbesserung der Leistung öffentlicher Dienststellen und weitere Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen.
- Verbesserung der wirtschaftlichen Governance, effizientere Verteilung der Ressourcen durch eine bessere Haushaltsführung und Rationalisierung der Haushaltsausgaben, drastische Vereinfachung von Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren, welche die Entwicklung des Privatsektors behindern, Abbau von Hindernissen für den Handel und für Investitionen, Förderung einer Diversifizierung der Ausfuhren und Bekämpfung der Korruption.
- Management des wirtschaftlichen Übergangs, Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges, vom Privatsektor getragenes Wirtschaftswachstum, Umstrukturierung staatseigener Unternehmen und Entwicklung eines treffsicheren und effizienten Sozialschutzsystems zur Abfederung der Wirtschaftsreformen.
- Weiterführung der Reform des Systems für die Entwicklung von Humanressourcen; Verbesserung der Übereinstimmung zwischen den verfügbaren Qualifikationen und dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, Förderung der IKT-Nutzung, Steigerung der Chancen von Frauen auf eine höhere Bildung und Förderung des lebensbegleitenden Lernens.

## 3. DIE REFORMAGENDA DER SYRISCHEN REGIERUNG

### 3.1 Der zehnte Fünfjahresplan (2006-2010)

**Mit dem Gesetz Nr. 25 nahm Syrien seine Reformagenda, den Fünfjahresplan 2006-2010, am 8. Mai 2006 an.** Davor wurde der Plan in einem breit angelegten Konsultationsprozess, in den Regierungsstellen, die Baath-Partei, nichtstaatliche Organisationen wie die Industrie- und Handelskammern und die Volksversammlung (Parlament) eingebunden waren, geprüft. Die Regierung erörterte den Entwurf für den Plan auch mit Gebern.

**Politische Reformen stehen derzeit nicht im Vordergrund der Agenda der Regierung, die sich beinahe ausschließlich auf die aufkommende Demokratisierung auf kommunaler Ebene konzentriert.** Auf dem 10. Parteikongress der Baath-Partei im Juni 2005 wurden Maßnahmen wie die Lockerung des Notstandsgesetzes, die Annahme neuer Gesetze über politische Parteien und NRO sowie die Verleihung der Staatsbürgerschaft an die 120 000 staatenlosen Kurden gebilligt, aber keine genauen Fristen für ihre Umsetzung festgelegt. Schritte hin zu einem offeneren politischen Systems ohne Ausgrenzung werden aufgrund von Sicherheitsbedenken derzeit ausgeschlossen.

Der Fünfjahresplan konzentriert sich auf wirtschaftliche und soziale Reformen und **spricht die meisten der unter Punkt 2.5 angeführten Herausforderungen an.**

Er enthält eine Reihe von **innovativen Leitgrundsätzen**, wie zum Beispiel die Förderung einer Partnerschaft zwischen Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft, die Dezentralisierung der Entscheidungsfindung und den Einsatz von als Richtschnur dienenden Plänen.

Der Fünfjahresplan wird als erster Schritt zur Verwirklichung der Vision der Regierung für die **Zukunft der syrischen Gesellschaft** präsentiert. Darin wird festgehalten, dass die syrische Gesellschaft in den nächsten beiden Jahrzehnten selbständig und offen gegenüber der Außenwelt, moderner und demokratisch reif werden sollte und über wirkungsvolle institutionelle Strukturen und ein solides, positives Umfeld, das eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum begünstigt, verfügen sollte. Zu den langfristigen Zielen zählen soziale Gerechtigkeit und Wohlstand sowie die Ermächtigung von Frauen in der Gesellschaft.

Dieser Fünfjahresplan unterscheidet sich von seinen Vorgängern dadurch, dass **der Übergang zu einer „sozialen Marktwirtschaft“** angestrebt wird. Die Wirtschaftspolitik der syrischen Regierung war bisher von einer zentralistischen und verpflichtend einzuhaltenden Planung geprägt. Im 10. Fünfjahresplan nimmt die Regierung das Ziel des Übergangs zu einer sozialen Marktwirtschaft mit einer Politik in Angriff, in der Pläne als Richtschnur dienen. Die Wirtschaftspolitik wird sich voll und ganz auf die **Marktmechanismen** von Angebot und Nachfrage stützen, um eine effizientere Verteilung der Ressourcen und Wirtschaftstätigkeiten zu erreichen, aber wird weiterhin einen wesentlichen Schwerpunkt auf staatliche Interventionen legen. Die Regierung wird die Investitions- und Marktaktivitäten nicht mehr vorgeben oder kontrollieren sondern darauf hinarbeiten, ein Umfeld für freie Aktivitäten und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen, und gleichzeitig gewährleisten, dass sich die Akteure auf dem Markt verantwortungsvoll verhalten.

Die Regierung erkennt an, dass diese neue Politik nur in einer Partnerschaft zwischen der Regierung, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft verwirklicht werden kann. Die Zentralregierung muss langfristige Strategien vorgeben, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte wahren und hochwertige Dienste bereitstellen. Die Abkehr von der zentralistischen Planung bedingt eine **Dezentralisierung der Entscheidungsfindung**.

**Örtliche Regierungen** müssen sich an der Festlegung und Umsetzung von lokalen und nationalen Entwicklungsplänen beteiligen und gemeinsam mit Vertretern des Privatsektors und der Zivilgesellschaft die örtliche Gesellschaft organisieren. Der **Privatsektor** muss die Produktion, die Investitionen und seinen Beitrag zu den Staatseinnahmen steigern und auf gerechte Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinarbeiten. Den **NRO und der Zivilgesellschaft** kommt eine wichtige Aufgabe bei der Umsetzung von sozialen Reformen und Ausbildungsprogrammen zu. Zur Vermeidung von Korruption und Ausbeutung müssen sie auch die Marktbedingungen sowie Regierungsbeamte, die Dienstleistungen direkt für die Bürger erbringen, beobachten.

**Die Förderung der Rolle des Privatsektors als Motor des Wirtschaftswachstums** ist eine klare Priorität des 10. Fünfjahresplans. Angestrebt wird die Schaffung eines geeigneten Umfelds für private Wirtschaftstätigkeiten, die wirkungsvolle Nutzung nationaler Spareinlagen für Investitionen und Produktivitätssteigerungen, die Förderung ausländischer Direktinvestitionen und die institutionelle Beteiligung des Privatsektors am Wirtschaftswachstum (z. B. über die Schaffung einer Exportförderungsagentur).

Die wichtigsten **wirtschaftlichen Ziele** geben ein Wirtschaftswachstum von 6 %-7 % jährlich und die Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens vor. Dies soll mittels einer Modernisierung der Industrie erreicht werden, so dass auf die Industrie bis zum Ende des Zeitraums des 10. Fünfjahresplans 20 % des BIP entfallen sollten. Angesichts der geringen Fortschritte, die seit

2001 bei der Öffnung der Wirtschaft für den freien Handel und bei der Stärkung der Rolle privater Unternehmen in der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht wurden, sind Wirtschaftsreformen in diesem Plan ein wesentliches Anliegen.

In der **makroökonomischen Politik** wird angestrebt, die Devisenreserven auf einem annehmbaren Niveau zu halten sowie das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit zu verringern, indem die Ausfuhren sowohl in geografischer Hinsicht als auch in Bezug auf die exportierten Güter (d. h. Steigerung der nicht in den Erdölsektor fallenden Ausfuhren) diversifiziert werden. Ziel ist es, die Wechselkurse stabil zu halten und die Außenwirtschaft im Einklang mit den Bedingungen des Assoziationsabkommens EU-Syrien, der WTO und der GAFTA zu führen.

Der Fünfjahresplan berücksichtigt die Notwendigkeit einer Steigerung des Wirtschaftswachstums und des Volumens des BIP, räumt aber dem Motto „Vorrang für die menschliche Entwicklung ohne Abstriche“ Priorität ein. Die Regierung hat erklärt, dass die Erreichung hoher Wachstumsraten auf Kosten des Sozialschutzes oder der Umwelt nicht geduldet werden dürfe und dass die **Schaffung von Netzen der sozialen Sicherheit** während des Übergangs und danach ein grundlegendes und zentrales Element ihrer Reformstrategie sei.

Im Einklang mit ihrem Engagement zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wird die Regierung auch **Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen** mit dem Ziel, die allgemeine, berufliche und fachliche Bildung über staatliche Einrichtungen weiterzuentwickeln und auszubauen, Priorität geben. Sie möchte den Grundsatz „Bildung für alle“ verwirklichen und die Chancen der Frauen auf höhere Bildung vergrößern. Durch die Reform des Bildungswesens sollen hoch qualifizierte Arbeitskräfte herangezogen werden und Lehrmethoden angewandt werden, die auf Dialog beruhen und zur Entwicklung des kritischen Denkens beitragen.

Den syrischen Behörden zufolge erfordert die Verwirklichung der Ziele des Fünfjahresplans eine **Reform der öffentlichen Verwaltung**. Diese wird unter anderem eine funktionale und organisatorische Überprüfung der wichtigsten öffentlichen Verwaltungsstellen, die Festlegung von Änderungsmanagementplänen für wichtige Ministerien und die Umstellung auf eine dezentrale staatliche Verwaltung mit sich bringen. Die Zentralregierung wird auch in Betracht ziehen, sozialen Organisationen, NRO und dem Privatsektor einige der Aufgaben zu übertragen, welche sie traditionellerweise selbst ausgeführt hat.

Die für die Umsetzung des Fünfjahresplans nötigen Ressourcen sollten durch einen allmählichen Anstieg der Steuereinnahmen von 10 % auf 16 % und durch die **Überarbeitung des Systems der Haushaltsausgaben** zur Verringerung der Verschwendung und zur Steigerung der Transparenz und Effizienz frei werden.

### 3.2 Sachzwänge bei der Umsetzung

Die Regierung hat zwar bereits seit 2003 schrittweise Reformen eingeleitet, doch mit der Annahme des Fünfjahresplans hat sie das umfassende Wesen des Reformprozesses anerkannt. Dieser Plan ebnet den Weg für die Bewältigung der meisten Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Allerdings muss diese **breit angelegte Strategie durch konkrete politische Maßnahmen, denen Prioritäten und Termine zugewiesen sind**, verwirklicht werden. Ein Durchführungsprogramm wird benötigt, in dem Projekte, zugewiesene Haushaltsmittel, Zuständigkeiten und Indikatoren klarer festgelegt werden. Nach der Annahme des Fünfjahresplans hat das syrische Kabinett den Inhalt eines solchen Programms für 2006-2007 erörtert.

Der **Bedarf an Basisdaten und genauen Statistiken** wird gedeckt werden müssen, um den politischen Entscheidungsträgern entsprechende analytische Informationen zur Verfügung zu stellen. Dies unterstützt die Regierung beim Überwachen der Umsetzung des Plans und beim Präsentieren der Ergebnisse von politischen Maßnahmen und Projekten.

Die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahresplans erfordert unbedingt ein **echtes nationales Engagement der Behörden sowie der Zivilgesellschaft**.

#### 4. LEHREN AUS DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EG UND SYRIEN

##### 4.1 Übersicht über bisherige und laufende Kooperationsprogramme der EG

###### *Prioritäten der Hilfe der EU für Syrien im Zeitraum 2000-2006*

**Die EU ist der wichtigste Geber Syriens.** Insgesamt wurden für die bilaterale Zusammenarbeit mit Syrien 97,5 Mio. € im Rahmen von MEDA I (1995-1999) und 189 Mio. € im Rahmen von MEDA II (2000-2006) gebunden. Darüber hinaus wurden seit dem Jahr 2000 Darlehen in Höhe von insgesamt 925 Mio. € von der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Syrien bereitgestellt.

Die meisten **Darlehen der EIB** laufen parallel zu bedeutenden Projekten der technischen Hilfe, die von der EU finanziert werden. Die Projekte der EG fungierten als Katalysatoren für Darlehen, die Synergieeffekte und eine Zusammenarbeit zwischen Institutionen ermöglichten und zum Erfolg führten. Der Schwerpunkt der EIB liegt in erster Linie auf großen Infrastrukturvorhaben, aber seit 2004 gewährt sie auch Darlehen an KMU.

Das Länderstrategiepapier für die Jahre 2002-2006 legte **fünf Prioritäten** fest: (1) Aufbau von Institutionen, (2) Modernisierung der Industrie, (3) Entwicklung der Humanressourcen, (4) Förderung des Handels und (5) Menschenrechte / Rechtsstaatlichkeit / Zivilgesellschaft. Bei der Bereitstellung von Hilfe konzentrierte man sich auf die ersten drei Prioritäten.

Sie wurde in Form von **technischer Hilfe und Beratung bei der Gestaltung der Politik** erbracht. Da ein klares Bekenntnis zu Reformen fehlte, wurde keine Unterstützung für spezifische Sektoren ins Auge gefasst. Angesichts der unzulänglichen Verwaltung der öffentlichen Ausgaben ist eine Budgethilfe noch nicht möglich.

In Anbetracht des allumfassenden Barcelona-Prozesses deckt die Zusammenarbeit ein sehr breites Spektrum von Politikbereichen ab. Neben dem bilateralen Kooperationsprogramm beteiligt sich Syrien an mehreren **regionalen MEDA-Projekten**, obwohl seine Teilnahme vorsichtig und nicht systematisch erfolgt. Syrische Vertreter erscheinen manchmal nicht bei Sitzungen aufgrund von politischen Empfindlichkeiten insbesondere in Bezug auf das Gastgeberland.

Die regionale Zusammenarbeit beschäftigte sich mit politischer und wirtschaftlicher Forschung, Investitionsförderung, Statistik, Binnenmarktmechanismen, Justiz und Innerem (Migration, Polizei und Justiz), Umwelt, Verkehr, Energie, Sicherheit im Seeverkehr, Informationsgesellschaft, Zusammenarbeit zwischen Universitäten im Rahmen von Tempus, dem audiovisuellen Sektor, dem Schutz des kulturellen Erbes, der Förderung des Jugendaustauschs und der Kooperation im Bereich der Jugend sowie fachlicher und beruflicher Aus- und Weiterbildung (Programm ETE MEDA) im Mittelmeerraum. Mehrere thematische Programme erfassen auch Syrien, wie zum Beispiel die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte.

**Regionale Projekte tragen zur besseren Abdeckung des Policy-Mix** in Schlüsselbereichen bei, in denen derzeit keine bilateralen Projekte laufen, wie zum Beispiel Justiz, Investitionsförderung oder Innovation.

###### *Laufende Zusammenarbeit*

Mit der laufenden Zusammenarbeit wird die Politik, welche die syrische Regierung in ihrem 10. Fünfjahresplan festgelegt hat, bereits unterstützt.

Die EU leistet Hilfe zur Förderung der **Reform der öffentlichen Verwaltung**. Im Rahmen der Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren (ISMF) werden Ministerien bei der Ausarbeitung von Reformprogrammen und der Gestaltung der Politik für einzelne Sektoren

unterstützt. Die ISMF bot umfassende Hilfe für die Erstellung des Fünfjahresplans. Das Projekt Modernisierung der Kommunalverwaltung (MAM) unterstützt den Dezentralisierungsprozess und den Aufbau von Kapazitäten im Ministerium für lokale Verwaltung und Umwelt sowie in den Gemeinden.

Seit mehr als zehn Jahren fördert die EU die **Entwicklung des Privatsektors** in Syrien mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und die Effizienz von Einrichtungen zur Unterstützung von Unternehmen zu steigern. Dies ist ein wesentliches Element für den Übergang zu einer Marktwirtschaft und die Integration Syriens in die Freihandelszone Europa-Mittelmeer. Die EU finanzierte die Einrichtung des Syrisch-europäischen Wirtschaftszentrums (SEBC) in Damaskus und Aleppo, das seit zehn Jahren nützliche Dienstleistungen für KMU erbringt. Durch die Umwandlung dieses Zentrums in eine ausgereifte KMU-Agentur im Rahmen des Programms zur Unterstützung von KMU wird die EG die Zukunftsfähigkeit des Zentrums sicherstellen. Das Programm zur Förderung des Banksektors begleitet die laufende Reform des Finanzwesens und strebt eine Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für den Privatsektor an. Mit dem Programm zum Ausbau des Qualitätsmanagements, der Kapazitäten und der Infrastruktur wird die Qualität auf der Ebene von Politik, Institutionen und Unternehmen gefördert. Aus dem von der EIB entwickelten KMU-Fonds werden schließlich Investitionsvorhaben für syrische KMU über örtliche Banken finanziert.

Bei ihrer Unterstützung für das **Bildungswesen** legt die EU den Schwerpunkt auf die höhere Bildung und auf die berufliche Aus- und Weiterbildung. Sie stellt nun von einem projektbezogenen Ansatz, der beim Hochschulinstitut für Unternehmensführung (HIBA) zum Aufbau eines nationalen und regionalen Zentrums für die betriebswirtschaftliche Ausbildung angewandt wurde, auf einen sektoralen Ansatz um, der über ein Programm zur Unterstützung der Reform des höheren Bildungswesens verwirklicht werden wird. Die Vorbereitung des Projekts zur Modernisierung des Hochschulsektors führte zu Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten im Ministerium für höhere Bildung, an denen sich die einzelnen Direktionen stark beteiligten. Durch das Projekt zur Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung wird die Fähigkeit des Berufsbildungswesens, auf den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt einzugehen, verbessert werden. Im Rahmen dieses Programms wurde eine Koordinierung unter den verschiedenen fachlich zuständigen Ministerien eingeleitet und auch ein Dialog und eine Zusammenarbeit zwischen den berufsbildenden Einrichtungen des öffentlichen und privaten Sektors initiiert. Die Modernisierung und Reform des höheren Bildungswesens in Syrien hat durch die Finanzierung von Projekten für die Zusammenarbeit mit höheren Bildungseinrichtungen aus der EU erhebliche Unterstützung aus dem Programm Tempus erhalten.

Des Weiteren unterstützt die EU Reformen und den Aufbau von Kapazitäten im **Gesundheitswesen**. Das Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens leistete einen Beitrag zur Entwicklung einer nationalen Gesundheitsstrategie, die zentrale Themen anspricht, z. B. nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens und Krankenversicherung, Entwicklung und Management von Humanressourcen im Gesundheitsministerium und die Einführung eines Qualitätsmanagement- und Akkreditierungssystems. Die EIB stellte 2004 ein Darlehen in Höhe von 100 Mio. € für ein Programm mit einem Umfang von 333 Mio. € bereit, das vom Gesundheitsministerium für den Bau, die Ausstattung und den Betrieb von 18 Krankenhäusern in ganz Syrien ausgearbeitet wurde.

Die **Infrastruktur** des Landes erhält durch Projekte der technischen Hilfe in Kombination mit Darlehen der EIB erhebliche Unterstützung. Im Allgemeinen liegt der Schwerpunkt der Projekte auf der technischen Hilfe für Ministerien und Behörden, die nötig ist, damit sie sich von ihrer bisherigen Aufgabe als Verwalter von Netzen auf die neue Funktion als Regulierungsbehörden umstellen können. Das Unterstützungsprogramm für den Telekommunikationssektor zum Beispiel diente der Erstellung eines Umstrukturierungsplans für die Syrian Telecom, der die Grundlage für ihre privatrechtliche Organisation und für die Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde

im Telekommunikationssektor schafft. Die EIB hat 100 Mio. € für den Ausbau des Telekommunikationsnetzes in ländlichen Gebieten bereitgestellt. Mit dem Aktionsplan Stromsektor wurde eine umfassende Reform des Finanzmanagements und der Buchführung bei den Behörden eingeleitet, die für die Stromerzeugung und -verteilung zuständig sind. Ferner wurde damit die Basis dafür geschaffen, dass sich die EIB mit 400 Mio. € an der Finanzierung von zwei neuen Kraftwerken und mit weiteren 190 Mio. € an der Modernisierung bestehender Anlagen beteiligt.

Im **Energiesektor** erfolgt die Unterstützung auch über zwei von Syrien geleitete regionale Projekte, mit denen der bilaterale Dialog im Bereich der Energie um die Themen Erdgas und Energieeffizienz erweitert wurde. Dazu gehört die Schaffung eines Euro-Maschrek-Erdgasmarkts, für den die syrischen Behörden ein Finanzierungsabkommen im Namen von Ägypten, Jordanien, des Libanon und von Syrien selbst unterzeichnet haben. Bei diesem Projekt ist die Erstellung eines Gesamtplans für Erdgas, die Ausarbeitung von Studien über die entscheidende Infrastruktur, ein Beitrag zur Harmonisierung der rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und der Aufbau eines regionalen Kooperationszentrums in Damaskus für den Informationsaustausch in der Erdgasindustrie vorgesehen. Im Projekt MED-ENEC haben sich alle Partnerstaaten aus dem Mittelmeerraum zusammengeschlossen, um die Energieeffizienz im Gebäudebereich zu fördern.

Mit dem Projekt für Wasserversorgung und Sanitäreinrichtungen in palästinensischen Flüchtlingslagern werden gesunde Lebensbedingungen in zwei Lagern für palästinensische Flüchtlinge gefördert, indem die Lager an die regionalen Systeme für Wasserversorgung und **Abwasserbehandlung** angeschlossen werden. Des Weiteren hat die EU einen Zinszuschuss in Höhe von 5 Mio. € für ein Darlehen der EIB über 45 Mio. € zum Bau von Wasserversorgungseinrichtungen und Abwasserbehandlungsanlagen für die Einbindung dieser beiden palästinensischen Flüchtlingslager in das regionale Wasserver- und -entsorgungssystem bereitgestellt.

Im Bereich des Umweltschutzes wird auch eine beschränkte Unterstützung im Rahmen des Programms **LIFE-Drittländer** geboten, das einen Beitrag zur Entwicklung der Umweltpolitik und zur Erstellung von Umweltaktionsprogrammen in den Mittelmeer- und Ostseeanrainerstaaten leistet. Mit einem kleinen Projekt, das 2004 angelaufen ist, wird die Einführung der Agenda 21 auf ländlicher Ebene gefördert. Ein weiteres Projekt, das im Rahmen des Haushalts 2006 ausgewählt wurde, verfolgt das Ziel, der Syrischen Umweltschutzgesellschaft bei der Umsetzung einer Strategie für die nachhaltige Bewirtschaftung fester Abfälle in Syrien zu helfen.

*Siehe auch Anhang 5 über die Zusammenarbeit der EG mit Syrien und Anhang 6 über die Zusammenarbeit der EIB mit Syrien.*

#### **4.2 Wesentliche Lehren aus der Umsetzung der Länderstrategie 2002-2006 für Syrien**

Insgesamt gesehen hat die syrische Regierung in diesem Zeitraum ihre **Aufnahmekapazität** verbessert.

Mehrere Sachzwänge<sup>6</sup> behinderten jedoch die wirkungsvolle Umsetzung von Projekten und führten zu Verzögerungen. Diese standen in Zusammenhang mit:

- dem **Fehlen einer konsistenten Strategie** für Wirtschaftsreformen (dies traf zum Beispiel bei der Vorbereitung des Programms zur Förderung des Banksektors und der Modernisierung des Finanzministeriums zu);

---

<sup>6</sup> Die meisten dieser Sachzwänge wurden in der Bewertung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den Ländern des Mittelmeerraums, die 2003 von ADE zusammen mit IBM und EPU-NTUA durchgeführt wurde, analysiert (siehe Evaluation of the economic co-operation between the European Commission and Mediterranean Countries, Country Report: Syria in Volume 2: Annexes).

- den **allzu ehrgeizigen Zielen und der Komplexität einiger Programme** (z. B. Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens);
- einer **mangelnden Koordinierung**, die Schwierigkeiten bei der Durchführung von Programmen verursachte, welche die Zusammenarbeit unter Ministerien oder zwischen der zentralen und der lokalen Ebene erforderten;
- der **mangelnden Erfahrung der syrischen Verwaltung beim Management internationaler Kooperationsprojekte**;
- der **mangelnden Bereitschaft syrischer Akteure zu örtlichen Ausschreibungen**, was zu zeitaufwendigen internationalen Ausschreibungen führte.

Die Delegation versucht, administrative Probleme durch die Organisation von spezifischen Schulungen und Informationsveranstaltungen zum Thema Projektverwaltung und Ausschreibungsverfahren auszuräumen.

Des Weiteren ist es **schwierig, gute Fachleute zu finden**, insbesondere für langfristige Einsätze. Bei mehreren Projekten musste die technische Hilfe umgestaltet werden und/oder kam es zu einer mangelnden Kontinuität. Dieser Punkt wurde bei der Definition neuer Programme dadurch angesprochen, dass die Anzahl der langfristig benötigten Fachleute beschränkt wurde. Überdies ist das Know-how vor Ort knapp.

Aus all den oben angeführten Gründen ist dem **institutionellen Rahmen der Programme besondere Aufmerksamkeit zu schenken**.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat die Kommission mit ihrem breiten Spektrum an Unterstützungsmaßnahmen das Fundament für eine umfassende **Debatte über die Reformmöglichkeiten mit der öffentlichen Verwaltung** gelegt. Über die ISMF hat die Hilfe der EG sogar direkt zur Ausarbeitung der Pläne für die Wirtschaftsreformen beigetragen. Andere Projekte, wie das SEBC, trugen indirekt zum Reformprozess bei. Durch den Ausbau der betriebswirtschaftlichen Kapazitäten des Privatsektors machte das SEBC Unternehmer mit marktwirtschaftlichen Verfahren vertraut und führte zu Forderungen nach institutionellen und rechtlichen Veränderungen.

In Bewertungen zeigte sich auch, dass die Zusammenarbeit der EU einen **bedeutenden Beitrag zum Aufbau von Kapazitäten** leistete. Einige Ministerien (staatliche Planungskommission, Finanzministerium, Gesundheitsministerium, Kulturministerium) haben im Rahmen der laufenden Programme viel Know-how angesammelt, auf dem die künftige Zusammenarbeit aufbauen sollte.

Im Allgemeinen war **unsere bisherige Kooperation auf die richtigen Prioritäten ausgerichtet**. Die Umsetzung entsprach jedoch nicht immer den Erwartungen, was in manchen Fällen auf zu ehrgeizige Ziele und komplexe Programme zurückzuführen ist. Die künftige Zusammenarbeit sollte die Umsetzung der Reformagenda unterstützen, wobei reformwilligen Institutionen Vorrang eingeräumt werden sollte.

### 4.3 Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU und anderen Gebern

Gefolgt von Japan und dem UNDP sind die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten mit Abstand die **größten Geber Syriens**. Da alle größeren Geber in denselben Bereichen tätig sind, ist eine Koordinierung und Harmonisierung ihrer Unterstützung in den einzelnen Sektoren unbedingt erforderlich (*siehe die Gebermatrix in Anhang 7 mit spezifischen Angaben zu den Aktivitäten anderer Geber*).

Die **Koordinierung unter den Gebern** hat sich erheblich verbessert, erfolgt aber **weiterhin punktuell und ist noch ineffizient**. Dies ist vor allem auf die unzureichenden Investitionen größerer Geber in den Koordinierungsprozess und die mangelnde Strategie der syrischen Regierung zurückzuführen.

**Untergruppen für die Koordinierung auf sektoraler Basis** müssen eingerichtet werden, da dies die selektive Beteiligung von Gebern, die in einem bestimmten Bereich arbeiten, erlaubt. Die Sitzungsberichte dieser Untergruppen könnten zur Mobilisierung von Unterstützung und zu Informationszwecken genutzt werden.

Die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Hilfe aus dem Jahr 2005 bietet eine hervorragende Grundlage für die Entwicklung der Koordinierung unter den Gebern in Syrien. Folglich sind sich alle wichtigen Geber einig, dass die **syrische Regierung die Führungsrolle übernehmen muss**. Mit der Organisation von zwei Sitzungen zur Koordinierung unter den Gebern durch die Regierung und der Erstellung einer Gebermatrix durch die staatliche Planungskommission mit Hilfe des UNDP wurden 2005 Fortschritte gemacht. Daraus entstand das Aid Management Information System (AMIS), ein Informationssystem für die Verwaltung der Hilfe. Die Daten werden von der staatlichen Planungskommission allerdings nicht regelmäßig aktualisiert und lassen sich nicht einfach für Analysen heranziehen. Es ist wesentlich, dass alle Beteiligten Daten liefern, da diese Datenbank zur amtlichen Quelle von Informationen über Geber in Syrien wird. Alle anderen Systeme sollten in das AMIS integriert werden.

## **5. ANTWORTSTRATEGIE DER EU FÜR 2007-2013**

### **5.1 Allgemeine Grundsätze für den strategischen Ansatz der EU**

Die Prioritäten für die Interventionen der EU im Zeitraum 2007-2013 wurden unter Berücksichtigung folgender Grundsätze festgelegt:

- **Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der EU in der Region**

Die EU ist an einem starken, demokratischen, stabilen und wohlhabenden Syrien interessiert, das in die Region gut integriert ist.

- **Wirkungsvolle Umsetzung von politischen Strategien** in Bereichen, die vom Barcelona-Prozess, dem Assoziationsabkommen und — in der Zukunft — der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) abgedeckt werden

Als Arbeitshypothese wird davon ausgegangen, dass das Assoziationsabkommen im Zeitraum 2007-2013 unterzeichnet wird und dann mit seiner Umsetzung begonnen werden sollte. Die Aussichten für die Aufnahme von Verhandlungen über einen ENP-Aktionsplan sind für Syrien noch offen, wobei mittelfristig eine volle Beteiligung an der ENP angestrebt wird. Unsere Strategie sollte Syrien auch dabei helfen, die auf der Konferenz Barcelona + 10 eingegangenen Verpflichtungen, unter anderem im Bereich der Förderung der Demokratie, einzuhalten.

- **Syriens Eigenverantwortung**

Die Strategie sollte auf den Zielen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aus dem 10. Fünfjahresplan Syriens aufbauen und sich auf Bereiche konzentrieren, in denen institutionelle Veränderungen am meisten benötigt werden.

- **Aufbauen auf bisherigen Erfahrungen**

Der Schwerpunkt des Länderstrategiepapiers sollte darauf liegen, die Bemühungen der Regierung in zentralen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zu unterstützen, in denen Reformbestrebungen bestehen. Die EU hat in mehreren Bereichen das Fundament für Reformen gelegt. Unsere Unterstützung wird dort nur dann Früchte tragen, wenn sie mittelfristig aufrecht erhalten wird.

- **Zusätzlicher Nutzen**

Die Strategie sollte gezielt auf Bereiche ausgerichtet sein, in denen die EU im Vergleich zu anderen Gebern Vorteile bietet und durch Maßnahmen, welche die Aktivitäten anderer Geber, vor allem der Mitgliedstaaten und der Europäischen Investitionsbank, ergänzen, Ergebnisse erzielen kann.

## 5.2 Vorrangige Ziele

Im Einklang mit diesen Grundsätzen umfassen die wichtigsten strategischen Ziele für Syrien im Zeitraum 2007-2013 Folgendes:

1. **Unterstützung politischer und administrativer Reformen:** Modernisierung der Verwaltung, Förderung des Dezentralisierungsprozesses, Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und stärkere Achtung grundlegender Menschenrechte.
2. **Unterstützung wirtschaftlicher Reformen:** Umsetzung der Reformagenda für die Wirtschaft sowie Vorbereitung auf das Assoziationsabkommen und den Beitritt zur WTO.
3. **Unterstützung sozialer Reformen:** Entwicklung von Humankapital und begleitende Maßnahmen zum Übergangsprozess.

In allen drei Schwerpunktbereichen wird das Hauptziel der EG für die Zusammenarbeit im **Aufbau von Kapazitäten** bestehen.

Das im Fünfjahresplan festgelegte Ziel der **stärkeren Ermächtigung der Frauen** in der Gesellschaft wird mit verschiedenen Projekten unterstützt werden.

Im Hinblick auf ein weiteres Querschnittsthema wird die **Entwicklung von Partnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen auf zentraler und lokaler Ebene, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft** gefördert werden (einschließlich Berufsverbände, Gewerkschaften, Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung, lokale Organisationen und NRO, Verbrauchervereinigungen, Frauen- und Jugendorganisationen, karitative Einrichtungen und Medien).

**Die vorliegende Strategie sollte nach Vereinbarung eines ENP-Aktionsplans mit Syrien überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.**

***Strategisches Ziel 1: Unterstützung politischer und administrativer Reformen — Modernisierung der Verwaltung, Förderung des Dezentralisierungsprozesses, Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und stärkere Achtung grundlegender Menschenrechte***

- **Modernisierung der Verwaltung**

Beschränkte Kapazitäten und die Starrheit der syrischen Verwaltung haben sich als bedeutende Hindernisse für die Durchführung von Reformen erwiesen. Die EU wird in der Zusammenarbeit weiterhin einen Schwerpunkt auf technische Hilfe und **Ausbildung** legen. Nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens werden auch Twinning-Vereinbarungen zum Aufbau von Kapazitäten in der Verwaltung beitragen.

Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung kämpfen mit komplexen Vorschriften, Aufgaben und Verfahren sowie einem Mangel an Finanzmitteln. Ein horizontales Ziel ist deshalb die

**Verwaltungsvereinfachung**, die es ihnen erlauben wird, wirkungsvoll und effizient Dienstleistungen für die Bürger zu erbringen und die in den nationalen Plänen beschriebenen Herausforderungen zu bewältigen.

Bei den Arbeiten, die im Rahmen der laufenden ISMF in Angriff genommen wurden, sollte man noch weiter gehen. Der allgemeine Einsatz der IKT in allen Regierungseinrichtungen und die Einführung des **e-Government** werden zum Abbau der Bürokratie und zur Bekämpfung der Korruption beitragen.

- Dezentralisierung

Syrien bereitet derzeit den nötigen **rechtlichen Rahmen für die Beschleunigung des Dezentralisierungsprozesses**, in dem die regionalen und lokalen Behörden mehr Befugnisse erhalten, vor. Durch die Übertragung einiger politischer, steuerlicher und administrativer Zuständigkeiten an die regionalen und lokalen Behörden wird die Governance gestärkt. Dies ist ein Schritt zur Förderung der Demokratisierung auf lokaler Ebene.

Das laufende Projekt MAM schafft die Basis für die nächste Phase des syrischen Dezentralisierungsprogramms. Eine weitere Unterstützung des **Aufbaus von Kapazitäten bei den regionalen und lokalen Behörden** ist notwendig, um es ihnen zu erlauben, ihre neuen Befugnisse auf verantwortungsvolle und transparente Weise auszuüben und die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. Die lokalen Behörden werden ihre Kapazitäten für Wirtschafts- und Sozialanalysen verbessern müssen, um die relativen Vorteile ihrer Regionen besser zu verstehen und zu einem effizienteren Einsatz von Investitionen beizutragen.

*Dezentralisierung der Finanzen*

Parallel zur Übertragung von Aufgaben müssen auch **Ressourcen durch eine Dezentralisierung der Finanzen** bereitgestellt werden. Die Dezentralisierung der Finanzen und der Aufbau von Kapazitäten bei den lokalen Verwaltungsstellen wird die Effizienz bei der Mobilisierung und Verwaltung von Ressourcen steigern und zur besseren Erbringung öffentlicher Dienstleistungen führen. Diese Dezentralisierung sollte parallel zur Reform der öffentlichen Finanzen (*siehe Priorität 2*) erfolgen, um die Transparenz und Effizienz der Haushaltsüberweisungen von der zentralen zur lokalen Ebene anzuheben.

*Lokale Entwicklung*

Die Abgabe von Entscheidungsbefugnissen an die lokale Ebene wird eine Verwaltungsreform und die Ausarbeitung von wirtschaftlichen und sozialen Plänen durch jede einzelne Provinz umfassen. Die Beteiligung lokaler Akteure (insbesondere Berufsverbände und Frauenorganisationen) am Entscheidungsfindungsprozess wird ausgebaut, indem sie in die Gestaltung dieser **lokalen Entwicklungspläne** einbezogen werden.

In Syrien gibt es bereits erfolgreiche Initiativen zur **Mobilisierung von sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung** im Umfeld von Projekten aus den Bereichen Gesundheit, Kultur und ländliche Entwicklung, in welche örtliche Gemeinschaften eingebunden wurden. Diese sollten intensiviert und auf andere Sektoren ausgeweitet werden.

*Umwelt*

Der Obwohl Umweltgesetzgebung in der Verantwortung der Zentralregierung liegt, hängen Umsetzungsmaßnahmen zum Schutz der Umwelt eng mit der Dezentralisierung zusammen. Regionale und lokale Regierungsstellen sind der Auffassung, dass sie nun für die **Einbeziehung des Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die Entwicklungspläne** verantwortlich sind. Die laufende Unterstützung für die Dezentralisierung im Rahmen von MAM und ISMF könnte daher durch ein Programm mit Schwerpunkt auf der Umwelt ergänzt werden, um die Übertragung von Verantwortlichkeiten und Befugnissen für den Umweltschutz an die Provinzen zu begleiten. Dies

könnte eine Aktualisierung der nationalen Umweltstrategie und des Umweltaktionsplans aus dem Jahr 2002 erfordern und würde die Unterstützung im Rahmen deutscher bilateraler Zusammenarbeit im Bereich der Reform des Wassersektors sowohl auf der zentralen als auch der kommunalen Ebene ergänzen.

Darüber hinaus könnten durch **Zinszuschüsse** und andere Möglichkeiten für die Kombination von Zuschüssen und Darlehen Investitionen durch internationale Finanzinstitute für den Umweltbereich, insbesondere für die Wasser- und Abfallwirtschaft sowie zur Bekämpfung von Umweltbelastungen durch die Industrie, mobilisiert werden.

- Justiz und Sicherheit

**Reformen**, die auf die Unabhängigkeit der Justiz, eine integrierte Grenzverwaltung, die Finanzermittlung und die Bekämpfung der Korruption ausgerichtet sind, sollten die Säulen unserer Unterstützung zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sein.

Syrien beteiligt sich an der politischen und sicherheitsorientierten Partnerschaft von Barcelona und wird weiterhin am **regionalen Programm für Justiz, Polizei und Migration** teilnehmen.

Im Hinblick auf die Europäische Nachbarschaftspolitik sollten die Mittel der EU Syrien auch dabei helfen, entsprechende nationale Rechtsvorschriften zu erarbeiten, die eine Einhaltung der Resolution 1373 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über die **Terrorismusbekämpfung** gewährleisten. Zu den Hauptbereichen der Unterstützung würde die integrierte Grenzverwaltung, die Sicherheit der einzelnen Verkehrsträger, die Einhaltung internationaler Abkommen über See- und Flughäfen, Finanzermittlungen und -untersuchungen (insbesondere zur Bekämpfung der Geldwäsche) gehören.

- Menschenrechte

Die Achtung der grundlegenden Menschenrechte und die Entwicklung der Zivilgesellschaft sind zentrale interne Fragen, die sich auf die Stabilität in der Region **positiv auswirken** werden.

Die EU wird Hilfe für die **Festigung einer Kultur der Achtung der Menschenrechte** und Grundfreiheiten sowie die Stärkung der Kapazitäten und der Effizienz aller zuständigen Einrichtungen bereitstellen. Syriens Pläne für die Schaffung einer **nationalen Menschenrechtsinstitution** (Nationaler Menschenrechtsrat) könnten auf der Grundlage der in Nachbarstaaten gemachten Erfahrungen (z. B. Ägypten) unterstützt werden.

Zu den Zielen des Fünfjahresplans gehört die Ermächtigung der Frauen in der Gesellschaft. Die EU könnte die Regierung bei der Erarbeitung einer umfassenden **Gender-Mainstreaming-Strategie** sowie bei Initiativen zur Förderung der Teilhabe der Frauen am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben im Einklang mit dem Rahmen für Maßnahmen unterstützen, der im November 2006 auf der Ministerkonferenz über die Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft in Istanbul angenommen wurde.

***Strategisches Ziel 2: Unterstützung wirtschaftlicher Reformen — Umsetzung der Reformagenda für die Wirtschaft sowie Vorbereitung auf das Assoziationsabkommen und den Beitritt zur WTO***

- Reform der öffentlichen Finanzen

Die Analyse der wirtschaftlichen Herausforderungen in Kapitel 2 zeigt, dass Syriens makroökonomische Stabilität, die derzeit von günstigen Entwicklungen auf dem Ölmarkt gestützt wird, in Gefahr ist. Innerhalb des nächsten Jahrzehnts, wenn sich Syrien von einem Exporteur zu einem Nettoimporteur von Erdöl entwickeln könnte, kann mit schwerwiegenden Fiskal- und Zahlungsbilanz-Schocks gerechnet werden. Deshalb ist eine Reform der öffentlichen Finanzen

nötig. Sie bildet auch eine Voraussetzung für den Erfolg der Dezentralisierung. Das neue staatliche System für die Haushaltsplanung und Buchführung muss in allen verschiedenen Ministerien, Provinzen und Gemeinden umgesetzt werden.

Die Reform der öffentlichen Finanzen sollte auf deren **Konsolidierung und auf die Rationalisierung des Systems für die Verwaltung der öffentlichen Ausgaben** abzielen. Sie sollte die Entwicklung und Umsetzung einer allgemeinen Regierungspolitik und eines rechtlichen Rahmens sowie Verwaltungssysteme, Methodiken und Standards für die interne Finanzkontrolle im öffentlichen Sektor umfassen. Des Weiteren sollte sie eine externe Aufsicht durch ein oberstes Kontrollorgan ermöglichen und vom Aufbau von Kapazitäten im Haushaltsausschuss des Parlaments begleitet sein. Jegliche Unterstützung in diesem Bereich sollte mit dem IWF und der Weltbank koordiniert werden.

Eine rationalisierte Verwaltung der staatlichen Ausgaben würde es Syrien erlauben, in der Zukunft in den Genuss von Haushaltshilfe zu gelangen.

#### - Verbesserung des Geschäftsumfelds

Syriens wahres Potenzial für Wachstum und Beschäftigung liegt in der Entwicklung eines florierenden Privatsektors und von dynamischen KMU. Derzeit wird der Privatsektor jedoch durch allgegenwärtige Vorschriften und Verwaltungsverfahren an der Entfaltung gehindert. Eine **drastische Vereinfachung der wirtschaftlichen Rechtsvorschriften** ist eine Voraussetzung dafür, dass der Privatsektor die Rolle eines „Wachstumsmotors“ spielen kann, die ihm im Fünfjahresplan zugewiesen wird. Dies ist auch eine Voraussetzung für die Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen auf das Niveau, das für die Modernisierung der Wirtschaft benötigt wird.

Für die **Reform des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens** für industrielle und gewerbliche Tätigkeiten sollte Unterstützung geboten werden. Dazu würde die Beseitigung von Beschränkungen für den Markteinstieg und -ausstieg, die Erleichterung von Investitionen, die Entwicklung eines angemessenen Rahmens für den Wettbewerb, die effiziente Förderung und der wirkungsvolle Schutz von Investitionen, die Stärkung des handelsrechtlichen Systems (einschließlich der Zivilgerichtsbarkeit), ein besserer Schutz von geistigem Eigentum und die Straffung der Verfahren für die Entlassung von Arbeitnehmern gehören. Darüber hinaus sollte Unterstützung für die Sicherstellung einer raschen und einheitlichen Anwendung durch die Verwaltung — unter anderem durch die Einführung von One-Stop-Shops — sowie für die Bewertung der Auswirkung bestehender Anreize für KMU geboten werden.

Des Weiteren sollte in Zusammenarbeit mit anderen Gebern und der Europäischen Investitionsbank ein Schwerpunkt auf die **Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzmitteln** gelegt werden, wobei Unternehmerinnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

#### - Förderung des Handels

Seit einigen Jahren stehen die **Liberalisierung und Förderung des Handels** im Mittelpunkt der Reformbemühungen der Regierung. Es wurden zwar Fortschritte gemacht, aber das syrische Handelssystem ist im internationalen Vergleich nach wie vor restriktiv, und seine Exportkapazitäten hängen zu stark vom Erdölsektor ab.

Die Zusammenarbeit sollte auf die **Unterstützung eines offeneren, moderneren und wettbewerbsfähigeren Handelssystem** in Syrien ausgerichtet sein, um damit den Weg für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zu ebnen und in weiterer Folge Syrien auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation vorzubereiten. Sie sollte auch danach trachten, die **Exportkapazität** syrischer Unternehmen anzuheben.

Unsere Kooperation sollte gleichzeitig politische und rechtliche Aspekte sowie den Aufbau von Institutionen und Kapazitäten, einschließlich einer Förderung des Dialogs zwischen den relevanten Regierungsstellen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und der akademischen Welt, umfassen.

Eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen der Vereinten Nationen ist in diesem Bereich wichtig.

- Privatrechtliche Organisation staatseigener Unternehmen und Förderung des Unternehmertums

Ein zunehmender Rückzug des Staates aus der Wirtschaft durch Umstrukturierung und Deregulierung ist von wesentlicher Bedeutung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der syrischen Wirtschaft.

Die **Umstrukturierung staatlicher Unternehmen** wird für die Regierung eine der größten Herausforderungen beim Übergang zu einer sozialen Marktwirtschaft darstellen. Dies ist auch einer der politisch heikelsten Punkte angesichts des bestehenden hohen Drucks auf dem Arbeitsmarkt. **Innovative Lösungen** wie die Förderung von selbständiger Erwerbstätigkeit und Kleinunternehmen sowie entsprechende Finanzierungsprogramme werden entwickelt werden müssen. Die EG sammelte in diesem Bereich umfassende Erfahrungen während des Erweiterungsprozesses. Pilotinitiativen könnten der Regierung eine Hilfestellung bei der Erarbeitung einer ausgereiften Strategie für die Umstrukturierung und die künftige Privatisierung bieten. Die EIB könnte technische Hilfe durch die EG ergänzen, indem sie über Darlehen Finanzmittel für Jointventures und Unternehmen des Privatsektors bereitstellt.

**Wirtschaftskreise und Sozialpartner** sollten in Aktivitäten zur Verbesserung des Unternehmensumfelds, zur Förderung des Handels, zur privatrechtlichen Organisation staatlicher Unternehmen und zur Förderung der unternehmerischen Initiative eng eingebunden werden.

- Öffentlich-private Partnerschaften

Syrien könnte seine geografische Lage als zentrales Transitland besser nutzen und sich stärker in regionale Energiemärkte, Verkehrsnetze und elektronische Kommunikationsnetze integrieren. Dies würde eine Verbesserung der Planung, eine Steigerung der Effizienz und eine Belebung der Investitionstätigkeit, im Idealfall über öffentlich-private Partnerschaften, bedeuten. Mängel des rechtlichen Umfelds bilden hier allerdings ein Hindernis und sollten behoben werden. Internationale Finanzinstitute sind zu Maßnahmen in diesen Bereichen bereit. Unser Beitrag zu diesen Maßnahmen könnte darin bestehen, der Regierung dabei zu helfen, **den nötigen rechtlichen Rahmen zu entwickeln und unabhängige Regulierungsbehörden einzurichten.**

**Zinszuschüsse** und andere Möglichkeiten für die Kombination von Zuschüssen und Darlehen können Investitionen von internationalen Finanzinstituten in den Bereichen Energie und Verkehr mobilisieren. Bei der Energie gehören erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz zu den möglichen Gebieten. Investitionen in Energieinfrastrukturen/-netze sollten angesichts ihrer finanziellen Erträge grundsätzlich kommerzielle Vorhaben sein. In Ausnahmefällen, in denen spezifische Interessen der EU betroffen sind (insbesondere Sicherheit der Energieversorgung) und in denen es schwierig erscheint, ein Projekt in Gang zu bringen, könnten allerdings gezielte Zinszuschüsse oder andere Möglichkeiten zur Kombination von Zuschüssen und Darlehen auch für bestimmte Investitionsvorhaben in Betracht gezogen werden. Beim Verkehr würden sich Zinszuschüsse und andere kombinierte Systeme auf die Mobilisierung von Mitteln für zentrale Infrastrukturen von strategischer Bedeutung konzentrieren, z. B. grenzüberschreitende Arbeiten an vorrangigen Verkehrsachsen oder die Schließung von Lücken, die zur Fertigstellung dieser Verbindungen nötig sind. Wenn Zinszuschüsse in Betracht kommen, muss ihre Relevanz im Einzelfall beurteilt werden, wobei darauf geachtet werden sollte, dass es zu keinen erheblichen Marktverzerrungen kommt.

### **Strategisches Ziel 3: Unterstützung sozialer Reformen — Entwicklung von Humankapital und begleitende Maßnahmen zum Übergangsprozess**

Die ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben vom Wirtschaftswachstum nicht profitiert, und der Übergang zu einer Marktwirtschaft wird die sozialen Unterschiede noch weiter vergrößern. Darüber hinaus ist die Arbeitslosigkeit hoch, und dieses Problem wird sich durch den Berufseinstieg von jährlich 250 000 Jugendlichen in den nächsten 20 Jahren sowie durch die Diskrepanz zwischen ihrer Ausbildung und den Anforderungen des Arbeitsmarktes noch verschärfen.

Im Fünfjahresplan brachte die Regierung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die negativen sozialen Folgen des Übergangsprozesses zu mildern. Ferner ging sie im Zusammenhang mit den **Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen** Verpflichtungen ein.

Die Bekämpfung der Armut und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wird über eine **aktive Arbeitsmarktpolitik, die Entwicklung des Humankapitals und Maßnahmen des Sozialschutzes** erfolgen müssen. Eine solche Kombination von Aktionen wird nicht nur auf die Verringerung der Folgen der Armut sondern auch auf die Beseitigung ihrer Ursachen abzielen. Während die Maßnahmen im Bereich des Sozialschutzes auf die Gewährleistung von direkter Unterstützung für die Ärmsten und einer entsprechenden Gesundheitsversorgung ausgerichtet wären, würde der Schwerpunkt einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Entwicklung der Humanressourcen auf der Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit und des Einkommenspotenzials der Erwerbsbevölkerung liegen, was durch geeignete und effiziente Arbeitsvermittlungsstellen, den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der unternehmerischen Initiative sowie Programme für die Bildung im Sekundarbereich II und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung geschehen könnte.

Unsere Unterstützung sollte dem Land bei der **Umsetzung eines kohärenten Konzepts für die Verringerung der Armut sowie die Verbesserung der Netze der sozialen Sicherheit und des Bildungswesens** helfen, wobei auf der bisherigen Unterstützung im Bildungs- und Gesundheitswesen aufgebaut werden sollte.

#### - Entwicklung der Humanressourcen

Die EG ist der wichtigste Geber im Bildungswesen und konzentrierte sich bei der Unterstützung auf die Entwicklung höherer Bildungseinrichtungen. Das Ministerium für höhere Bildung und die staatliche Planungskommission sind bereit, eine langfristige Strategie für das Bildungswesen auszuarbeiten. Wir können der syrischen Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Gebern bei der Entwicklung und Umsetzung dieses **sektorweiten Ansatzes für die Bildungspolitik** helfen.

Um die Jugendlichen besser auf den Berufseinstieg vorzubereiten, haben wir bereits Unterstützung zur Steigerung der Qualität des Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung und des höheren Bildungswesens geleistet. In der Zukunft sollten wir der **Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Reform der Sekundarstufe II und der Ausweitung der innerbetrieblichen Ausbildung** weiter Vorrang einräumen und sicherstellen, dass diese Maßnahmen in einer Partnerschaft mit dem Privatsektor durchgeführt werden.

Interventionen im Bereich von Aus- und Weiterbildung könnten weiter ausgebaut werden, wobei es **im Rahmen der ENP auch möglich wäre, Kontakte auf der Ebene der Bürger und die Mobilität von Studenten und Forschern zu fördern**. Dazu gehört eine verstärkte Beteiligung am 7. FuE-Rahmenprogramm sowie an den Programmen Tempus und Jugend in Aktion, mehr

Austauschmöglichkeiten für syrische Staatsangehörige durch Teilnahme am Programm Erasmus Mundus und die Einführung des neuen Stipendienprogramms für Hochschulstudenten im Rahmen der ENP. Dieser Schwerpunkt für Kontakte auf der Ebene der Bürger wird als ergänzende Maßnahme zu den zentralen Reformen behandelt werden.

#### - Gesundheit

Die staatliche Planungskommission, das Gesundheitsministerium, das Ministerium für höhere Bildung und das Finanzministerium arbeiten derzeit mit Unterstützung durch das Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens eine Strategie für den Gesundheitssektor aus. Das globale Ziel besteht in der **Verbesserung des Systems für die Erbringung von Gesundheitsleistungen** durch die Umstellung von der normativen auf eine bedarfs- und nachfrageorientierte Planung. Das System der primären Gesundheitsversorgung ist bereits gut entwickelt.

Wie im Bildungswesen können wir die Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Gebern bei der Umsetzung ihres **sektoralen Programms für das Gesundheitswesen** unterstützen. Eine gemeinsame Überprüfung des Sektors wird die Ermittlung von Bereichen erlauben, in denen die Qualität, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit der Erbringung von Gesundheitsleistungen am stärksten verbessert werden kann. Auf der Grundlage dieses Prozesses werden Teilbereiche oder Probleme des Gesundheitswesens, die mit Unterstützung der EU bearbeitet werden können, in Angriff genommen (z. B. Aufbau eines Krankenversicherungssystems und Verbesserung von statistischen und finanziellen Daten zum Beispiel durch Verwaltungsinformationssysteme und nationale Gesundheitskonten).

Die EU wird ihre Maßnahmen mit anderen Gebern abstimmen, um eine **transparente und getrennte Verwaltung von Sozialversicherung und Sozialhilfe** zu gewährleisten. Obwohl die EU nicht beabsichtigt, an der generellen Reform des nationalen Versicherungssystems mitzuwirken, werden ihre laufenden Aktivitäten im Bereich der Krankenversicherung zur Steigerung der Transparenz bei der Verwaltung eines nationalen Sozialversicherungsfonds beitragen.

#### - Sozialschutz und soziale Entwicklung

Die EU begrüßt den Übergang zu einer Marktwirtschaft und sollte daher **die syrische Regierung bei der Gestaltung von Programmen zur Armutsbekämpfung und von politischen Strategien im Bereich des Sozialschutzes unterstützen.**

Bei Durchführung sozial einschneidender Maßnahmen (Abschaffung der Subventionen und der Preisregelung, Reform der öffentlichen Verwaltung und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft) könnte diese Intervention mit der gezielten Verstärkung des Netzes der sozialen Sicherheit für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z. B. Frauen) verbunden werden, indem ihre Bedürfnisse neu beurteilt werden. In weiterer Folge könnten **geeignete Mechanismen für die Leistungserbringung und die Überwachung** ausgearbeitet werden. Durch die Ausbildung von Sozialarbeitern und lokalen Vertretern des Ministeriums für Soziales und Arbeit könnte Unterstützung für die Entwicklung der örtlichen Kapazitäten geleistet werden. Die Kommission wird sicherstellen, dass bei diesen Mechanismen die privaten Wohlfahrtsdienste, welche die örtliche Zivilgesellschaft und der Privatsektor bieten, berücksichtigt werden.

Während Sozialhilfeprogramme, die auf die Verringerung der sozialen Kosten während des wirtschaftlichen Übergangs ausgerichtet sind, von anderen Geber wie der Weltbank und des UNDP gefördert werden, könnte sich die EU mit ihrer Unterstützung auf die **Konsolidierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik** konzentrieren, von der eine Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarkts durch eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erwartet wird. Die EU könnte das Ministerium für Soziales und Arbeit sowie die vor kurzem eingerichtete Öffentliche Kommission für Beschäftigung und Projektentwicklung (welche die bisherige Agentur für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ersetzt) bei der Förderung und Gestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der entsprechenden Programme unterstützen.

Diese Hilfe würde zu wertvollen Synergieeffekten für die von der EU unterstützte Reform des Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung führen, indem die Maßnahmen auf die innerbetriebliche Ausbildung (Manager und Mitarbeiter von bestehenden Unternehmen) ausgeweitet wird. Der letztere Aspekt ist von entscheidender Bedeutung, zumal Syrien bald eine Phase der industriellen Umstrukturierung einleiten wird.

Die EU wird bei ihrer Unterstützung im sozialen Bereich auf den breiteren Kontext der Steigerung der Transparenz in der Verwaltung der öffentlichen Ausgaben Bedacht nehmen.

### **5.3 Konsistenz der Maßnahmen der EG in Syrien**

#### ***Policy-Mix***

Die Beziehungen zu Syrien werden im Rahmen des Barcelona-Prozesses von einer Reihe von Politikbereichen der Gemeinschaft bestimmt, in denen immer mehr auf die Kohärenz zwischen der internen und externen Dimension geachtet wird. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Handel, Energie, Verkehr, Umwelt, Forschung, Wissenschaft und Technologie, verantwortungsvolle Staatsführung, geschlechterspezifische Aspekte und die Achtung der Menschenrechte. Die Kohärenz dieses Policy-Mix spiegelt sich in der Strategie der EG in Kapitel 5 wieder.

Wenn die EU in der Lage ist, einen Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik mit Syrien auszuhandeln, wird sie weitere Unterstützung für die integrative Umsetzung dieser politischen Strategien sowie eine Plattform für den Dialog über gemeinsame Prioritäten und Leistungen bieten.

#### ***Regionalstrategiepapier und andere Programme des ENPI***

Das **regionale Programm des ENPI für die südlichen Nachbarn** wird zum Erreichen der in dieser Strategie umrissenen Ziele beitragen. Auf regionaler oder subregionaler Ebene durchgeführte Aktivitäten werden bilaterale Maßnahmen ergänzen:

- In Fragen der politischen Entwicklung werden regionale Aktivitäten unter anderem Unterstützung für die Schaffung von regionalen Netzen und Plattformen für zivilgesellschaftliche Organisationen und Mediennetze umfassen.
- Der interkulturelle Dialog wird auf regionaler Ebene unter der Federführung der Anna-Lindh-Stiftung gefördert werden.
- Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Sicherheit ist eine gemeinsame Priorität der EU und der südlichen Partnerstaaten. Zu den regionalen Aktivitäten werden die justizielle Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Fragen, Netzwerke für organisierte Kriminalität und Menschenhandel sowie der Austausch von bewährten Verfahren zählen. Dies wird die auf bilateraler Ebene mit Syrien durchgeführten Maßnahmen ergänzen, welche sich auf die Stärkung der Institutionen und die Umsetzung nationaler Strategien konzentrieren werden.
- Als sinnvolle Ergänzung der bilateralen Unterstützung für den Handel und die Entwicklung des Privatsektors wird die regionale Zusammenarbeit dazu beitragen, den Süd-Süd-Handel und regionale Kooperationsinitiativen, einschließlich von Unterstützung bei der Umsetzung des Abkommens von Agadir, zu fördern.
- Der Schwerpunkt der regionalen Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Energie wird auf transnationalen Aktivitäten (Süd-Süd- und Nord-Süd-Verbindungen) liegen, während sich die bilaterale Hilfe auf rechtliche Reformen konzentrieren kann.

- Die regionale Zusammenarbeit beim Umweltschutz wird eine Kooperation mit der Europäischen Umweltagentur, das Übereinkommen von Barcelona (UNEP/MAP) und anderes umfassen. Aktivitäten, die über die regionale Umweltinitiative Horizont 2020 im Rahmen des auf fünf Jahre angelegten Arbeitsprogramms der Partnerschaft Europa-Mittelmeer durchgeführt werden, könnten auch für Syrien relevant sein.

Neben den bilateralen und regionalen Aktivitäten werden Syrien **drei neue Instrumente** zur Verfügung stehen:

- Das interregionale Programm des ENPI wird Aktivitäten umfassen, die für alle Nachbarländer auf dieselbe Weise durchgeführt werden. Es dient insbesondere zur Finanzierung von Tempus und des neuen Stipendienprogramms sowie von TAIEX-Maßnahmen.
- Das Programm des ENPI für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Mittelmeerbecken wird es den syrischen Küstengebieten erlauben, in gemeinsamen Projekten mit Küstenregionen in den Mitgliedstaaten der EU zu kooperieren.
- Darüber hinaus kann Syrien auch von den thematischen Programmen im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit profitieren, insbesondere von den Programmen „Asyl und Migration“, „In Menschen Investieren“ und „Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“, welche die bilaterale Zusammenarbeit sinnvoll stärken könnten. Ferner wird das neue Instrument für Menschenrechte und Demokratie (vormals EIDHR) für die Unterstützung thematischer Aktivitäten in diesem Bereich zur Verfügung stehen.

Gegebenenfalls wird Syrien Unterstützung für die **Beteiligung an Programmen, Agenturen und Netzen der Gemeinschaft** erhalten, insofern als diese dem Land offen stehen. Zu gegebener Zeit wird der klarere Rahmen, der vom ENP-Aktionsplan abgesteckt wird, dazu beitragen, die Konsistenz der Hilfe der EU in spezifischen Sektoren sicherzustellen.

### *Spezifische Aspekte in Bezug auf die Flüchtlingsfrage*

Die **EU könnte auch eine Unterstützung für die palästinensischen und irakischen Flüchtlinge**, die derzeit in Syrien leben, über das ECHO-Programm sowie über regionale Projekte unter Beteiligung von Jordanien und des Libanon, wie dies für palästinensische Flüchtlinge bereits geschieht, in Betracht ziehen. Der massive Zustrom von irakischen Flüchtlingen beginnt zu einer Belastung für die syrische Wirtschaft, insbesondere für das Gesundheits- und das Bildungswesen, zu werden. Die Iraker haben in Syrien keinen klaren Flüchtlingsstatus und leben in prekären Verhältnissen. Internationale Agenturen (UNHCR, Unicef und Welternährungsprogramm) haben Geberorganisationen auf die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen aufmerksam gemacht und zu einer Verstärkung der Hilfe aufgerufen.

## **5.4 Koordinierung unter den Gebern**

Unser **relativer Vorteil** beruht auf unseren Erfahrungen mit erfolgreichen Maßnahmen im Bereich wirtschaftlicher Reformen und der Entwicklung des Privatsektors. Im Gesundheits- und Bildungswesen, wo wir der federführende Geber sind, können wir dadurch **sektorale Ansätze** fördern und als Katalysator für die Beiträge anderer Geber fungieren. Zu den Sektoren, in denen andere Geber am stärksten aktiv sind, zählen die Umwelt, die Entwicklung des Privatsektors, die Infrastruktur sowie das Bildungs- und das Gesundheitswesen (*weitere Einzelheiten darüber finden sich in Anhang 6*).

Eine verstärkte Koordinierung mit anderen Gebern wird aktiv angestrebt werden. Die EG könnte Sitzungen lokaler Gebergruppen erleichtern. Es wird allerdings an der syrischen Regierung und den federführenden Ministerien liegen, **die Synergieeffekte zwischen den Aktivitäten der Geber** rund um die Umsetzung des Fünfjahresplans zu verstärken. In allen Fällen, in denen dies von Relevanz ist, sollten die Hauptgeber (EG/Mitgliedstaaten, UNDP, JICA, Aga-Khan-Stiftung) an Sitzungen eines gemeinsamen Lenkungsausschusses teilnehmen.

## 5.5 Risiken und Bedingungen

Im kommenden Zeitraum werden Hindernisse für die Umsetzung der Strategie vor allem mit **politischen Entwicklungen**, insbesondere mit der Stabilität der Region, zusammenhängen. Jede Verschlechterung der Sicherheitslage kann negative politische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Sie könnte das Investitionsklima beeinträchtigen und die derzeitige makroökonomische Stabilität bedrohen. Des Weiteren könnte sie die Regierung zu einer Änderung ihrer Prioritäten veranlassen und zu einem Stillstand der Reformen führen.

Die **künftige Entwicklung unserer politischen Beziehungen zu Syrien** werden sich ebenfalls auf das Volumen und den Umfang des Programms auswirken. Einerseits kann es durch eine Verschlechterung der Beziehungen zu einer Reduzierung unseres Kooperationsprogramms kommen. Andererseits kann Syrien durch das Inkrafttreten des Assoziationsabkommens Zugang zu zusätzlichen Anreizen und Finanzmitteln in Verbindung mit der ENP erhalten.

**Sonstige Beschränkungen** für die Verwirklichung unserer Strategie können zum Beispiel fehlende finanzielle Ressourcen für die Umsetzung des Fünfjahresplans oder mangelnde Unterstützung der Reformen durch die Bevölkerung sein.

Das größte Hindernis für eine effiziente Durchführung der technischen Hilfe der EG lag bisher in der **Strukturschwäche der syrischen Verwaltung**, was Engpässe und Verzögerungen bei der Umsetzung der Projekte verursachte. Obwohl sich die Lage verbessert hat, bleibt dies ein Risiko für die künftige Zusammenarbeit, so lange keine entschlossene Verwaltungsreform durchgeführt wird.

## 6. DAS NATIONALE RICHTPROGRAMM FÜR 2007-2010

### 6.1 Ein vier Jahre lang geltender Rahmen für Maßnahmen der EG im Kontext des ENPI

Zur Verfolgung der in Abschnitt 5.2 dargelegten strategischen Ziele planen wir **ein ausgewogenes Programm an Aktivitäten** für den Zeitraum 2007-2010, das durch die bilaterale Mittelzuweisung für Syrien im Rahmen des ENPI finanziert wird. Wie bei anderen Partnerstaaten im Mittelmeerraum soll mit dem NRP der Reformprozess im politischen, administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich unterstützt werden.

Die **für Syrien in diesem Zeitraum bereitgestellten Mittel betragen insgesamt 130 Mio. €** wobei die Mittelzuweisungen innerhalb der vier Jahre stufenweise ansteigen. Syrien wird dazu ermutigt werden, die „Governance-Fazilität“ in Anspruch zu nehmen.

Der **mit der syrischen Regierung vereinbarte Kooperationsrahmen** legt den Schwerpunkt auf die Durchführung der Reformpläne für die Wirtschaft, enthält aber auch ein bedeutendes Sozialpaket sowie Maßnahmen zur Verbesserung der institutionellen Governance und der Menschenrechtslage.

Die folgenden Handlungsprioritäten wurden festgelegt:

**Strategisches Ziel 1: Unterstützung der politischen und administrativen Reformen**

1. Förderung der Dezentralisierung und der lokalen Entwicklung (einschließlich Zinszuschüsse für Darlehen der EIB im Umweltbereich)
2. Reform und Modernisierung der Justiz
3. Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Menschenrechte in Verbindung mit der Schaffung einer nationalen Einrichtung

**Strategisches Ziel 2: Unterstützung der politischen Reformen**

4. Programm zur Förderung des Handels
5. Programm zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds
6. Unterstützung der Reform der öffentlichen Finanzen
7. Förderung der Unternehmensentwicklung (einschließlich Unterstützung bei der privatrechtlichen Organisation staatlicher Unternehmen und Modernisierung der Industrie – in Zusammenarbeit mit der EIB)

**Strategisches Ziel 3: Unterstützung der sozialen Reformen**

8. Reform des Sozialschutzes und Steigerung der Effizienz des Systems zur Finanzierung des Gesundheitswesens
9. Reform der Bildung im Sekundarbereich II
10. Modernisierung des Systems für die berufliche Aus- und Weiterbildung und Förderung der innerbetrieblichen Ausbildung

Das Programm zur Förderung des Handels, das Programm zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds und der Zinszuschuss für ein Darlehen der EIB im Bereich Wasser entsprechen **gut definierten Projekten, die ab 2007 durchgeführt werden** (siehe Abschnitt 6.3).

Die Abfolge der anderen vorrangigen Aktionen beruht auf dem Zeitplan der syrischen Regierung für die Umsetzung des Fünfjahresplans sowie auf den Terminen für den Abschluss der zentralen reformorientierten Projekte, die unter dem vorherigen NRP angelaufen sind (*weitere Einzelheiten können dem Balkendiagramm über den Zeitplan für die Durchführung laufender Projekte in Anhang 5 entnommen werden*). Die **Einzelheiten der Maßnahmen der EG zu diesen Prioritäten werden später** in einem überarbeiteten Nationalen Richtprogramm für den Zeitraum 2008-2010 im Einklang mit weiteren Arbeiten festgelegt werden, die gemeinsam mit der syrischen Regierung ausgeführt werden.

Ein **geeignetes Überwachungssystem** wird eingerichtet werden, um die Fortschritte der verschiedenen geplanten Maßnahmen zu überprüfen. Deshalb ist es notwendig, **Indikatoren** zu definieren und den Bedarf an **Basisdaten und genauen Statistiken** (z. B. über Handel und Investitionen, soziale Indikatoren, Wassernutzung und -qualität) zu decken. Dies wird der Regierung dabei helfen, die Durchführung der Reformen zu überwachen, die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Ziele des Fünfjahresplans zu messen und Erfolge bekannt zu geben.

Im Einklang mit dem 10. Fünfjahresplan wurde mit Unterstützung der Weltbank und des UNDP Ende 2005 eine **Strategie für die Verbesserung der statistischen Kapazitäten** in Syrien erstellt. Darin wird die bedeutende Rolle des nationalen statistischen Amtes (Central Bureau of Statistics) betont. Im Rahmen von MEDSTAT II, dem seit Januar 2006 laufenden regionalen statistischen Programm, werden die Bemühungen mit allen Gebern koordiniert, um die Wirkung dieser Unterstützung zu maximieren und gleichzeitig die Nutzung lokaler Ressourcen zu optimieren und die volle Eigenverantwortung Syriens sicherzustellen. Positive Entwicklungen hinsichtlich der Produktion von Statistiken werden erwartet.

## 6.2 Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank

Wie im Länderstrategiepapier erwähnt, wurden die meisten Darlehen der EIB in Syrien durch technische Hilfe, die aus dem Programm MEDA finanziert wurde, unterstützt. Die **Komplementarität der Maßnahmen der EG und der EIB** wird sich im Zeitraum 2007-2010 fortsetzen. Dies wird vorrangig bei Projekten im Bereich der Entwicklung des Privatsektors und der Umwelt zum Tragen kommen.

Die syrische Regierung hat großes Interesse an einem **großen Programm zur Förderung der Unternehmensentwicklung, für das Finanzmittel der EIB mobilisiert werden könnten**. Das Programm wird die Gestaltung von Systemen zur Förderung der Entwicklung von KMU sowie zur Modernisierung und Umstrukturierung der Industrie (was die „privatrechtliche Organisation“ staatlicher Unternehmen erleichtert, z. B. durch die Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards im öffentlichen Sektor) umfassen.

**Zinszuschüsse** werden auch Investitionen der EIB im Bereich Wasser und Abwasser mobilisieren. Die EIB war in diesen Sektoren bereits im Zeitraum 2002-2006 aktiv: ein Anfang 2006 unterzeichnetes Darlehen wurde gewährt, um zwei palästinensische Flüchtlingslager an das regionale Wassersystem anzuschließen, und mehrere Projekte der technischen Hilfe wurden vom FEMIP-Fonds für technische Hilfe finanziert. Im Rahmen des Programms für 2007-2010 könnte weitere technische Hilfe im Wassersektor über diesen FEMIP-Fonds durchgeführt werden. Zinszuschüsse werden gezielt für Investitionsvorhaben außerhalb von Damaskus bereitgestellt werden, um so den Dezentralisierungsprozess zu begleiten.

Der FEMIP-Fonds für technische Hilfe könnte auch genutzt werden, um **Machbarkeitsstudien für Darlehen in den Sektoren Verkehr und Energie** zu finanzieren, welche auf die Umsetzung der Prioritäten, die auf der Ministerkonferenz über Verkehr vom Dezember 2005 in Marrakesch festgelegt wurden, auf die Empfehlungen der hochrangigen Gruppe über den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsachsen in die angrenzenden Staaten und Regionen sowie auf die Energieprojekte von gemeinsamen Interesse und auf die Prioritäten, die auf der Ministerkonferenz über Energie vom Dezember 2003 in Rom vereinbart wurden, ausgerichtet sind.

## 6.3 Einzelheiten zu Maßnahmen im Jahr 2007

Das Hauptziel der für 2007 vorgeschlagenen finanziellen Hilfe der EG besteht in einer umfassenden Unterstützung für die Entwicklung des Handels und die Förderung von Investitionen in Syrien. Das allgemeine Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, das für die Unternehmensentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist.

## **Programm zur Förderung des Handels**

### **a) Begründung**

Es ist ein erklärtes Ziel der syrischen Regierung, das Land in die Weltwirtschaft zu integrieren und seine Handelskapazität im Hinblick auf die Förderung unternehmerischer Aktivitäten außerhalb des Erdölsektors in Syrien und die Schaffung von Arbeitsplätzen auszubauen. Mit diesem Ziel vor Augen schloss sich Syrien der arabischen Freihandelszone GAFTA an, handelte ein Assoziationsabkommen mit der EU aus und stellte den Antrag auf Aufnahme in die WTO. Das Land arbeitet auch auf bilaterale Präferenzabkommen mit Wirtschaftspartnern wie der Türkei, dem Iran, Russland, China und Indien hin.

Die Regierung hat bereits eine Reihe von Schritten zur Liberalisierung des Handels unternommen: Vereinfachung des Zolltarifs, Modernisierung der Zollverwaltung (insbesondere der Allgemeinen Zollabteilung) und Überprüfung der Rechtsvorschriften für den Handel. Parallel dazu wird derzeit eine Exportförderungsagentur eingerichtet. Diese Bemühungen sollten fortgesetzt und unterstützt werden, insbesondere im Hinblick auf die Modernisierung der Zollverfahren und der Zollwertermittlung im Einklang mit internationalen Verfahren sowie auf die Überprüfung der Einfuhr- und Ausfuhrverfahren. Die nächsten Schritte zur Erleichterung des Handels sollten auch Maßnahmen zur Liberalisierung des einengenden Wechselkurssystems und zur Abschaffung einiger staatlichen Handelsmonopole umfassen.

Die EG unterstützt bereits die Allgemeine Zollabteilung durch ihr Programm für die Modernisierung des Finanzministeriums. Des Weiteren ist sie bereits seit langem als Partner bei der Entwicklung des Privatsektors aktiv, wo sie unter anderem syrischen KMU durch die Beratungs- und Ausbildungsmaßnahmen des Syrisch-europäischen Wirtschaftszentrums half, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Sie hat allerdings nie ein allgemeines Programm zur Förderung des Handels unterstützt, das ihre allgemeinen Aktivitäten, mit denen sie der Regierung bei der Liberalisierung der Wirtschaft hilft, ergänzen würde.

### **b) Spezifische Ziele und kurze Beschreibung des Programms**

Das Programm zur Förderung des Handels wird eine Bewertung des Bedarfs im Handel, die derzeit erstellt wird, berücksichtigen.

Ferner wird es ein vom UNDP finanziertes Projekt der technischen Hilfe für die Handelspolitik und die Vorbereitung auf den Beitritt zur WTO, das im Januar 2007 anlaufen sollte, ergänzen. Dieses Projekt soll aus zwei Hauptkomponenten bestehen: (1) eine Reform der Handelspolitik mit Schwerpunkt auf die Bewertung der Auswirkungen der syrischen Handelsstrategie auf die Wirtschaft und auf die Überarbeitung der handelsbezogenen Rechtsvorschriften und (2) Sensibilisierungsmaßnahmen und Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf die Rechte und Pflichten im Rahmen des GATT und der WTO.

Die derzeit ins Auge gefassten spezifischen Ziele wären die Förderung der nahtlosen Beförderung von Waren über sichere Lieferketten im internationalen Handel im Einklang mit dem von der Weltzollorganisation (WZO) aufgestellten Rahmen von Standards zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels sowie parallel dazu der Ausbau der Exportkapazität syrischer KMU durch die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere sektorale Ausrichtung auf Exportmärkte. Das Programm würde im Allgemeinen die Erleichterung, die Liberalisierung und die Förderung des Handels in Syrien in Bezug auf seine weltweiten Handelsbeziehungen unterstützen. Daher würde es die Umsetzung des Assoziationsabkommens EU-Syrien bei dessen Inkrafttreten erleichtern.

Das Programm könnte auf zwei Ebenen ansetzen:

1. Handelserleichterung (Angebotsseite)

Hier sollte eine Beseitigung der bedeutendsten rechtlichen und administrativen Hindernisse für den Handel (einschließlich umständlicher Zollverfahren, eines restriktiven ordnungspolitischen Handelssystems und handelsbezogener Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum und der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen) und der Aufbau der nötigen Kapazitäten in den relevanten Einrichtungen angestrebt werden.

2. Handelsförderung (Nachfrageseite)

Damit sollte syrischen Unternehmen geholfen werden, vom verbesserten Zugang zu den Märkten in Drittstaaten, insbesondere zum Markt der EU, zu profitieren.

Das Programm könnte drei Komponenten umfassen:

- Handelserleichterung, einschließlich einer Erleichterung der Durchfuhrverfahren, moderner Verfahren für die Zollfreigabe, einschließlich von Risikobewertungen und Annahme internationaler Standards wie des von der WZO aufgestellten Rahmens von Standards sowie Einführung automatisierter Systeme und One-Stop-Shops, Zollwertermittlung, Ursprungsregeln, Durchsetzung von Maßnahmen gegen die Nachahmung oder unerlaubte Vervielfältigung von Waren sowie Einrichtung von Informations- und Beschwerdestellen im Zollbereich. Diese Komponente würde den Aufbau von institutionellen Kapazitäten und Pilotmaßnahmen durch technische Hilfe, Ausbildung und Twinning-Vereinbarungen umfassen. Durch eine aktualisierte Verkehrsstrategie könnte auch eine Verbesserung der Logistik und der Verfahren für Transport und Handel in Angriff genommen werden.
- Handels- und Exportförderung, einschließlich der Entwicklung einer Exportförderungsstrategie (auf der Grundlage einer Studie über die komparativen Vorteile der syrischen Industrie) und der Unterstützung für die Schaffung einer Exportförderungsagentur und von Exportförderungssystemen. Diese Komponente würde den Aufbau institutioneller Kapazitäten und technische Hilfe für die Entwicklung von Dienstleistungen für syrische Unternehmen zur Verbesserung ihres Zugangs zu ausländischen Märkten umfassen.
- Unterstützung für den künftigen Beitritt zur WTO, einschließlich einer Überarbeitung des syrischen Handelssystem in Bezug auf Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen, technische Handelshemmnisse und relevante wirtschaftliche Rechtsvorschriften in den Bereichen Investitionen und geistiges Eigentum, sowie der Schaffung von Mechanismen, Verfahren und Einrichtungen, die mit den Regeln der WTO im Einklang stehen. Diese Komponente würde Beratung bei der Gestaltung der Politik, den Aufbau institutioneller Kapazitäten und technische Hilfe umfassen.

Das Programm sollte unter aktiver Beteiligung aller betroffenen Akteure, einschließlich einer Gruppe von in- und ausländischen Händlern und Investoren, durchgeführt werden. Des Weiteren sollte es parallel dazu laufende Programme, die von anderen Gebern finanziert werden, ergänzen.

c) *Erwartete Ergebnisse*

- Ein moderneres Handelssystem mit weniger, aber besseren Rechtsvorschriften;
- stärkere handels- und exportpolitische Einrichtungen;
- diversifizierte und wettbewerbsfähigere Ausfuhrsektoren;

- verbesserte Exportförderungsdienste für Unternehmen;
- gestraffte und nichtdiskriminierende Durchführungsverfahren, die internationalen Standards besser entsprechen;
- bessere Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum.

**d) Leistungsindikatoren**

- Syrien nimmt eine Politik zur Liberalisierung und Erleichterung des Handels sowie Rechtsvorschriften an, die mit dem Assoziationsabkommen und den Regeln der WTO im Einklang stehen, und setzt diese um.
- Die Transaktionskosten für KMU sinken.
- Der Handel zwischen Syrien und dem Ausland, insbesondere mit der EU, nimmt zu.
- Eine steigende Anzahl syrischer KMU exportiert.
- Syrische Erzeugnisse fassen auf neuen Märkten Fuß.

**e) Voraussichtliche Dotierung**

Für dieses Programm ist ein **Haushalt von 15 Mio. €** vorgesehen.

**Programm zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds**

**a) Begründung**

Die Entwicklung des Privatsektors ist ein Kernstück der von der Regierung geplanten Wirtschaftsreformen. In den letzten drei Jahren wurden bereits mehrere Maßnahmen ergriffen, um die Bedingungen für Wirtschaftstätigkeiten in Syrien zu verbessern. Diese sind jedoch nicht ausreichend, so dass das Land in Erhebungen über das Geschäfts- und Investitionsklima noch einen sehr schlechten Platz einnimmt. Eine vollständige Überarbeitung des institutionellen, finanziellen und rechtlichen Rahmens ist ebenso erforderlich wie eine Änderung der Mentalität in der Verwaltung, um die verbreitetsten Hindernisse für die Unternehmensentwicklung zu beseitigen.

Die EG und andere Geber haben in diesem Bereich bereits viel Unterstützung geleistet. Die Erfolge sollten zwar nicht gering geschätzt werden, doch scheinen die Empfehlungen nur zum Teil umgesetzt worden zu sein. Nun ist es an der Zeit alle vorhandenen Berichte und Studien zusammenzuführen, die Empfehlungen in einen Aktionsplan umzuwandeln, in dem spezifische Maßnahmen, Ressourcen und Fristen festgelegt werden, und diesen umzusetzen.

**b) Spezifische Ziele und kurze Beschreibung des Programms**

Das Hauptziel des Programmes wird darin bestehen, die schärfsten rechtlichen und administrativen Hindernisse für Wirtschaftstätigkeiten in Syrien zu beseitigen und sie durch transparente, effiziente und gut abschätzbare Verfahren zu ersetzen.

Das Programm wird gegebenenfalls auf den Leistungen und Erfahrungen aus MEDA-Projekten — insbesondere aus dem SEBC und der ISMF — sowie aus den Programmen anderer Geber aufbauen müssen. In der Phase der Projektfestlegung sollten alle relevanten Studien aufgezeigt werden, die zur Ermittlung der wichtigsten Hindernisse, die es zu bewältigen gilt, beitragen können. Es sollte auch geprüft werden, wie alle bestehenden Initiativen zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds, einschließlich des Prozesses zur Überwachung der Umsetzung der Unternehmenscharta Europa-Mittelmeer in Syrien, auf effiziente Weise integriert werden können. In der Durchführungsphase wird der Schwerpunkt auf dem Aufbau von Kapazitäten in der syrischen Verwaltung zur Übernahme bewährter internationaler Verfahren liegen.

Das Programm könnte die folgenden Komponenten umfassen:

- Gestaltung und Umsetzung eines Aktionsplans zur Verbesserung des Unternehmensumfelds in Verbindung mit allen relevanten Einrichtungen und Organisationen;
- Gestaltung und Umsetzung eines Ausbildungsprogramms (einschließlich Twinning und Coaching) für das Personal aller vom Plan abgedeckten Einrichtungen;
- Gestaltung eines Mechanismus zur Überwachung der Ergebnisse und zur Aktualisierung des Plans auf jährlicher Basis;
- Schaffung eines Mechanismus für die Konsultation der Wirtschaft und der Sozialpartner (einschließlich Vertreter ausländischer Investoren);
- Stärkung des handelsrechtlichen Systems;
- Unterstützung der Regierung bei der Einrichtung eines One-Stop-Shops für die Eintragung von Unternehmen.

*c) Erwartete Ergebnisse*

- Erhebliche Erleichterung der Verfahren für die Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten (einschließlich der Verfahren für die Durchsetzung von Verträgen);
- Schaffung einer zentralen Stelle (One-Stop-Shop) für die Eintragung von Unternehmen;
- Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung des Unternehmensumfelds.

*d) Leistungsindikatoren*

- Bessere Platzierung Syriens in dem von der Weltbank veröffentlichten Bericht „Doing Business“ nach Durchführung des Programms;
- Verringerung der Vorlaufzeit, der Anzahl der Schritte und der Kosten für die Gründung eines Unternehmens.

*e) Voraussichtliche Dotierung*

Für dieses Programm ist ein **Haushalt von 5 Mio. €** vorgesehen.

**Zinszuschuss für ein Wasserversorgungsprojekt in Aleppo**

Die EG wird 2007 auch einen Zinszuschuss in Höhe von 5 Mio. € für ein Wasserversorgungsprojekt in Aleppo bereitstellen, das von der EIB und der KfW/GTZ kofinanziert wird. Dieses Darlehen wird Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der städtischen Verwaltung ergänzen, die im Rahmen des Programms zur Modernisierung der Kommunalverwaltung durchgeführt wird.

## 6.4 Haushalt und zeitlicher Ablauf des Programms

Prioritäten des Länderstrategiepapiers	2007	2008	2009	2010	Budget (in Mio. €)	% des gesamten Budgets
<b><u>Unterstützung der politischen und administrativen Reformen:</u></b>					<b>30</b>	<b>23 %</b>
Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Menschenrechte ( <i>in Verbindung mit der Schaffung einer nationalen Einrichtung</i> )			(*)			
Förderung der Dezentralisierung und der lokalen Entwicklung				20		
Reform und Modernisierung der Justiz				10		
<b><u>Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen:</u></b>					<b>60</b>	<b>46 %</b>
Programm zur Förderung des Handels	15					
Programm zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds	5					
Unterstützung der Reform der öffentlichen Finanzen		10				
Förderung der Unternehmensentwicklung ( <i>einschließlich der privatrechtlichen Organisation staatlicher Unternehmen und Modernisierung der Industrie – in Zusammenarbeit mit der EIB</i> )			30			
<b><u>Unterstützung der sozialen Reformen:</u></b>					<b>30</b>	<b>23 %</b>
Reform des Sozialschutzes und Steigerung der Effizienz des Systems zur Finanzierung des Gesundheitswesens		10				
Reform der Bildung im Sekundarbereich II		10				
Modernisierung des Systems für die berufliche Aus- und Weiterbildung und Förderung der innerbetrieblichen Ausbildung				10		
Zinszuschüsse für Darlehen der EIB ( <i>begleitend zur Dezentralisierung</i> )	5		5		<b>10</b>	<b>8 %</b>
<b><i>Insgesamt</i></b>	<b>25</b>	<b>30</b>	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>130</b>	<b>100%</b>

(\*) Für diese Priorität werden zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Assoziationsabkommen
ADI	ausländische Direktinvestitionen
AMIS	Aid Management Information System (Informationssystem für die Verwaltung von Hilfe)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOT	Build, Operate, Transfer (Bau, Betrieb, Transfer)
ECHO	Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
EIB	Europäische Investitionsbank
EIDHR	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
FEMIP	Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer ( <i>Verwaltung durch die EIB</i> )
FEMIP-Fonds für technische Hilfe	aus dem Programm MEDA finanzierte technische Hilfe zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionsprojekten der EIB
FuE	Forschung und Entwicklung
GAFTA	Greater Arab Free Trade Area (arabische Freihandelszone)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index (Index der menschlichen Entwicklung)
HIBA	Higher Institute for Business Administration (Hochschulinstitut für Unternehmensführung — <i>ein im Rahmen von MEDA finanziertes laufendes Projekt</i> )
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ISDN	Integrated Services Digital Network (dienstintegrierendes digitales Fernmeldenetz)
ISMF	Institutional and Sector Modernisation Facility (Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren — <i>ein im Rahmen von MEDA finanziertes laufendes Projekt</i> )
JICA	Japan International Co-operation Agency (japanische Agentur für internationale Zusammenarbeit)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau (Deutschland)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
MAM	Municipal Administration Modernisation (Modernisierung der Kommunalverwaltung — <i>ein im Rahmen von MEDA finanziertes laufendes Projekt</i> )
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRP	Nationales Richtprogramm
ÖPP	öffentlich-private Partnerschaft
SEBC	Syrian-European Business Centre (Syrisch-europäisches Wirtschaftszentrum — <i>ein im Rahmen von MEDA finanziertes Projekt</i> ) / Syrian Enterprise and Business Centre (Syrisches Unternehmens- und Wirtschaftszentrum — <i>neue nationale Einrichtung für KMU</i> )
TAIEX	Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe ( <i>EU-Programm</i> )
Tempus	Europaweites Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich ( <i>EU-Programm</i> )
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP/MAP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen / Mittelmeeraktionsplan
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIIC	internationale unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen
UNRWA	Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
WTO	Welthandelsorganisation
WZO	Weltzollorganisation

# ANHÄNGE

## des Länderstrategiepapiers für Syrien

<u>Anhang 1:</u>	
Landekarte Syriens .....	46
<u>Anhang 2:</u>	
Chronologie der politischen Ereignisse.....	47
<u>Anhang 3:</u>	
Ausgewählte wirtschaftliche and soziale Indikatoren .....	51
<u>Anhang 4:</u>	
Umweltprofil Syriens .....	54
<u>Anhang 5:</u>	
Zusammenarbeit der EG mit Syrien.....	57
<u>Anhang 6:</u>	
Zusammenarbeit der EIB mit Syrien.....	61
<u>Anhang 7:</u>	
Gebermatrix.....	63

**Annex 1: MAP OF SYRIA**



## **Annex 2: POLITICAL CHRONOLOGY**

- 1918** **October**  
Arab troops led by Emir Faysal and supported by British forces capture Damascus, ending 400 years of Ottoman rule.
- 1920** **July**  
French forces occupy Damascus and proclaim the establishment of a new state of Greater Lebanon.
- 1946**  
Last French troops leave Syria.
- 1947**  
Michel Aflaq and Salah-al-Din al-Bitar found the Arab Socialist Baath Party.
- 1958** **February**  
Syria and Egypt join the United Arab Republic (UAR). Egyptian president Gamal Abdul Nasser becomes leader of the new state. Nasser orders the dissolution of Syrian political parties to the dismay of the Baath party, which had campaigned for union with Egypt.
- 1961** **September**  
Rising Syrian discontent with Egyptian domination of the UAR prompts a group of army officers to seize power in Damascus and dissolve the union.
- 1963** **March**  
Army officers seize power. A new cabinet dominated by Baathists is appointed and Amin al-Hafez becomes president.
- 1966** **February**  
Salah Jadid leads an internal coup against the civilian Baath leadership, overthrowing Amin al-Hafez and arresting Salah al-Din al-Bitar and Michel Aflaq. Hafez al-Assad is appointed minister of defence.
- 1967** **June**  
Israeli forces seize the Golan Heights from Syria and destroy much of Syria's air force.
- 1970** **November**  
Hafez al-Assad overthrows president Nur al-Din al-Atasi and imprisons Salah Jadid.
- 1971** **March**  
Hafez Assad is elected president for a seven-year term in a plebiscite.
- 1973**  
Rioting breaks out after Assad drops the constitutional requirement that the president must be a Muslim. Assad is accused of heading an atheist regime. The riots are suppressed by the army.
- October**  
Syria and Egypt go to war with Israel to retake the Golan Heights and Sinai seized during the 1967 Arab-Israeli war.
- 1974** **May**  
Syria and Israel sign a disengagement agreement.
- 1976** **June**

Syrian army intervenes in the Lebanese civil war to ensure that the status quo is maintained and the Maronites remain in power.

**1980**

**September**

Start of Iran-Iraq war. Syria backs Iran, in keeping with the traditional rivalry between Baathist leaderships in Iraq and Syria.

**1981**

**December**

Israel formally annexes the Golan Heights.

**1982**

**February**

Muslim Brotherhood uprising in the city of Hama. The revolt is suppressed by the military.

**1983**

**May**

Lebanon and Israel announce the end of hostilities. Syrian forces remain in Lebanon.

**1990**

Following the Iraqi invasion of Kuwait, Syria joins the US-led coalition against Iraq. This leads to improved relations with Egypt and the US.

**1994**

Assad's son Basil, who was likely to succeed his father, is killed in a car accident.

**2000**

Israel withdraws its troops from southern Lebanon, ending a 22-year occupation. Syrian-backed Hizbullah guerrillas move to Israeli border and resume sporadic attacks, ostensibly to recover the disputed Shebaa Farms.

**June**

President Hafez al-Assad dies after 30 years in power. His 34-year-old son, Bashar, is immediately sworn in as successor and enters office pledging wide-ranging economic reforms.

**2001**

A clampdown on the short lived Damascus spring puts an end to the spread of free discussion forums.

**2003**

**October**

Israeli jets attack an alleged Palestinian training camp outside Damascus. The raid is the first Israeli offensive action on Syrian territory since the October 1973 war.

**December**

US president George W Bush signs into law the Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act. This is followed in May 2004 by the application of US sanctions on the basis of this act and two other bills designed to counter 'international terrorism'.

**2004**

**September**

United Nations Security Council adopts resolution 1559 calling for the withdrawal of all foreign forces from Lebanon. Syria dismisses the move.

**2004**

**September**

Lebanese Parliament votes to extend President Lahoud's term by three years. Weeks of political deadlock end with the unexpected departure of Rafik Hariri - who had at first opposed the extension - as prime minister.

**2005**

**February**

Rafik Hariri and 22 other individuals are killed in a massive blast in central Beirut. The cabinet of Prime Minister Omar Karami resigns after two weeks of anti-Syrian rallies sparked by the assassination. There are growing calls for Syria to withdraw its troops.

#### **February-March**

Tensions with the US escalate after the killing of former Lebanese PM Hariri in Beirut. Washington cites Syrian influence in Lebanon. Damascus is urged to withdraw its forces from Lebanon.

#### **April**

Under huge pressure, Syria withdraws all of its military forces from Lebanon ending a 29-year military presence.

UN Security Council adopts Resolution 1595 establishing an International Independent Investigation Commission (UNIIC) to assist Lebanon in the investigation into Beirut bombing that killed former Lebanese PM Hariri. Detlev Mehlis from Germany nominated to head the Commission.

#### **September**

Four pro-Syrian generals charged in connection with the assassination of former PM Rafik Hariri and arrested.

#### **October**

Interior Minister and Syria's former Head of Intelligence in Lebanon, Ghazi Kanaan, commits suicide.

United Nations Security Council adopts resolution 1636 acknowledging Mehlis interim report and freezing assets and limiting mobility of suspects involved in Hariri's assassination.

#### **December**

Mehlis second interim report confirms finding of interim report.

United Nations Security Council adopts resolution 1644 calling for Syria's unconditional and immediate co-operation with UNIIC and granting the commission a six-month prolongation until June 2006. Mehlis leaves, replaced by Belgian Judge Brammertz.

On 30 December, Abdul Halim Khaddam – Syria's Vice-President from 1984 to June 2005 – backed allegations of the Syrian leadership's involvement in the killing in press interviews.

### **2006**

#### **March**

Third government reshuffle since 2000, marking President Bashar al-Assad's willingness to have greater control over the Cabinet. Former Minister for Foreign Affairs Farouk Sharaa promoted to Vice-President.

Syria's First Female Vice-President Najah Al-Attar sworn in as second vice-president in charge of cultural policy.

US Treasury issues final rule against Commercial Bank of Syria, requiring US financial institutions to terminate all correspondent accounts involving CBS.

United Nations Security Council adopts resolution 1664 on the setting up of an international tribunal to try all those involved in the Hariri case.

#### **May**

Syria adopts the 10<sup>th</sup> Five-Year Plan, marking the transition from planned to 'social market economy', by law.

United Nations Security Council adopts resolution 1680, following the release of UN Envoy Terje Roede-Larsen's third semi-annual progress report on Resolution 1559. Resolution calls for Syria to respond to the Lebanese requests of establishing full diplomatic relations and demarcating borders between the two countries and urges Syria to take measures to stop movement of arms into Lebanese territory.

#### **June**

Judge Brammertz issues his second report and acknowledges Syria's general co-operation with UNIIIC.

**July-August**

Conflict between Israel and Hizbullah.

**November**

Syria resumes diplomatic relations with Iraq after 24 years.

United Nations Security Council gives its support to the establishment of a special tribunal for Lebanon to judge those alleged responsible for the assassination of PM Hariri (and the 22 other cases).

### **Annex 3: SELECTED ECONOMIC AND SOCIAL INDICATORS**

<b>Land area</b> 185 180 sq km	<b>Population</b> 18.6 million (2005)	<b>Population density</b> 0.11 per sq km
<b>Population of Damascus</b>	3.99 million (2003)	
<b>Annual population change (% per year)</b>		
1981-1994: + 3.3%	1995-2000: +2.7%	2000-2005: +2.45%

#### **1. Economic indicators**

<b>Indicators</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005*</b>	<b>2006**</b>
<b>GDP per capita</b> (USD millions)	1324	1286	1365	–	–
<b>Real GDP growth</b> (annual percentage change)	3.7	1.0	3.1	2.9	3.2
<b>Real non-oil GDP growth</b> (annual percentage change)	3.0	3.9	5.0	5.5	5.5
<b>Consumer Price Index</b> (annual average)	-0.5	5.8	4.4	7.2	5.6
<b>External debt</b> (in % of GDP)	16.9	18.1	19.7	25.0	22.6
<b>Government debt</b> (in % of GDP)	24.2	25.2	29.2	38.2	37.9
<b>Official net foreign assets</b> (in months of imports of goods and services)	29.3	31.1	24.6	20.9	21.4
<b>Fiscal Operations (in % of GDP)</b>					
<b>Total revenue</b>	26.2	28.5	27.4	26.5	27.9
<b>Oil proceeds</b>	12.5	14.6	11.2	8.8	11.1
<b>Non-oil tax revenues</b>	10.3	10.4	11.6	10.4	10.1
<b>Total budgetary expenditure</b>	28.2	31.1	31.6	30.7	30.7
<b>Current expenditure</b>	16.2	17.5	19.1	18.8	18.2
<b>Defence</b>	4.2	5.2	5.9	4.8	4.1
<b>Wages and salaries</b>	4.7	5.3	5.5	6.0	5.5
<b>Subsidies</b>	2.9	2.6	2.4	2.5	2.3

<b>Development expenditure</b>	12.0	13.6	12.5	11.8	12.4
<b>Overall balance</b>	-2.0	-2.6	-4.2	-4.2	-2.8
<b>Balance of payments</b>					
<b>Current account balance</b> (% of GDP)	7.1	4.7	0.0	-2.2	-1.9
<b>Trade balance (USD billion)</b>	0.7	0.0	-1.3	-1.8	-1.7
- <b>Oil</b>	3.0	2.5	1.3	0.7	1.0
- <b>Non-oil goods and services</b>	-2.3	-2.5	-2.6	-2.5	-2.7
<b>Non-oil exports of goods and services</b> (USD billion)	4.0	3.5	5.0	5.2	5.6
<b>Non-oil imports of goods and services</b> (USD billion)	6.3	6.1	7.5	7.6	8.4
<b>Oil balance</b> (% of GDP)	13.1	10.7	5.3	2.5	3.4
<b>Foreign Direct Investment</b> (% of GDP)	0.5	0.7	1.1	2.0	2.5

(\*) Preliminary

(\*\*) Projection

*Source: IMF Country Report – August 2006*

## 2. Social indicators

	1990	2000	2004	Region*
<b>Life expectancy at birth</b>	<b>66</b>	72	<b>74</b>	69
<b>Maternal mortality rate</b> (per 100 000 live births)	...	160	<b>160</b>	...
<b>Births supervised by trained personnel</b> (%)	...	70	...	72
<b>Infants &lt;1 fully immunised</b> (%)	<b>87</b>	99	<b>99</b>	...
<b>Children &lt;5 mortality rate</b> (per 1 000 live births)	<b>44</b>	28	<b>16</b>	...
<b>Child malnutrition</b> (% underweight children <5)	...	7	<b>7</b>	13
<b>Households with access to safe water</b> (%)	<b>79</b>	82	<b>93</b>	89
<b>Adult literacy rate</b> (% population aged 15+)	<b>65</b>	...	<b>80</b>	72
<b>Youth literacy rate</b>				
- <b>Male</b> (% boys aged 15-24)	<b>92</b>	...	<b>94</b>	...
- <b>Female</b> (% girls aged 15-24)	<b>67</b>	...	<b>90</b>	...
<b>Primary school enrolment</b> (% relevant age group)	<b>92</b>	93,5	<b>94,5</b>	89
<b>Secondary school enrolment</b> (% relevant age group)	<b>43</b>	36,5	<b>58</b>	...

<b>Female participation in labour force</b> (% total labour force)	<b>26</b>	29	<b>30</b>	27
<b>Telephone lines</b> (per 1 000 people)	...	103	<b>132</b>	118
<b>Mobile subscribers</b> (per 1 000 people)		2	<b>141</b>	88
<b>Personal computers</b> (per 1 000 people)		15	<b>19</b>	30
<b>Internet users</b> (per 1 000 people)		2	<b>45</b>	47
<b>Households with television</b> (%)	...	72	<b>80</b>	88

(\*) Region = Middle East and North Africa

*Italic: Most recent data available*

**Source: World Bank**

## **Annex 4: COUNTRY ENVIRONMENT PROFILE**

### **1. State of the environment**

The key environment issues in Syria relate to water quality, waste management, nature protection, soil degradation as well as coastal and marine pollution.

In major cities, air pollution is becoming serious due to the increasing levels of traffic. Emissions often exceed the allowable limits in Syrian **air quality** standards as well as those by the World Health Organization – in particular in highly populated urban areas (Damascus, Aleppo) and in industrial centres (Baniyas, Homs).

As regards **water quality**, water resources in Syria are limited. Nevertheless, there has been a gradual increase in water use over the years as a result of subsidies to households as well as increasing living standards, cheap water for industries and water use within the agricultural sector. Insufficient sewage systems in urban and rural areas, illegal industrial discharge of wastewater and inappropriate use of pesticides and fertilizers are the main causes of water pollution.

**Waste management** constitutes a challenge, including prevention, collection, treatment, recovery and final disposal. Some initial collection and disposal activities are taking place. However, urban areas are quickly expanding and the suburbs are particularly hard to service.

Concerning **nature protection**, many categories of biological and genetic resources are being depleted and endangered. Biodiversity is threatened by anthropogenic and natural factors and loss has been particularly severe in the steppe and in the forest land. Some protected areas have been established.

Concerning **coastal and marine pollution**, the Syrian coastal area represents only 2% of the country's surface but hosts 11% of its population. Coastal urbanization, due to housing needs and industrial development has led to serious environmental problems. Pollution sources include disposal of untreated urban and industrial wastewater, oil slicks from the oil refinery and the oil terminal, and solid wastes.

As regards **land use**, there are pressures from urbanisation particularly along the coastal strip. Desertification is a serious problem affecting over half of the country. Reasons include both climatic factors as well as suboptimal management of land and water resources.

With regard to **industrial pollution** in the coastal zone, industrial plants including a petroleum refinery and a power generation plant entail severe pollution in the areas of Tartus-Baniyas and Lattakia.

A key **trans-boundary environment issue** affecting Syria is the shared use and protection of the Mediterranean Sea.

As regards **global environment issues** and climate change in particular, Syria acceded to the Kyoto Protocol in 2006 and therefore needs to implement the relevant provisions and, where appropriate, implement concrete policies and measures to reduce greenhouse gas emissions, including in the energy and heavy industry sectors.

## 2. Environment policy

The Ministry of State for Environmental Affairs, in coordination with World Bank and UNDP, developed the **National Environmental Strategy and Action Plan** in 2002. The strategy identifies environment priorities for the country and sets up a general framework for environmental planning until 2010.

## 3. Environment legislation and its implementation

The **Environmental Protection Law** was adopted in 2002, making provisions for several environment issues, including on environmental impact assessment. The secondary legislation (executive regulations) to implement this law is incomplete.

Old legislation subsists on air quality and water quality. The government plans to adopt new laws in these areas.

Plans have been developed in the fields of waste and air quality. However, **sector strategies** are in general missing.

## 4. Administrative Capacity

Syria established the Ministry of State for Environmental Affairs in 1991. The Ministry was merged in 2003 with the Ministry of Local Administration, becoming the **Ministry of Local Administration and Environment**. It ensures co-ordination between the national authorities and the regional and international organizations. The Ministry is also responsible for identifying current problems, setting national policies and quality standards, and providing necessary legislative and institutional support.

The Ministry operates through two agencies: the **General Council for Environmental Affairs** and the **Scientific and Environmental Research Centre**.

To ensure strategic planning as well as implementation and enforcement of the environment legislation, it is essential to **strengthen administrative capacity**, including co-ordination between the relevant authorities.

## 5. Participation in regional and international processes

Syria has ratified the relevant **international and regional conventions**, to which it is signatory, with the exception of the new Emergency Protocol to the Barcelona Convention. Syria has also not accepted the amendments to the Dumping Protocol and the Land-Based Sources Protocol to the Barcelona Convention. The lack of executive regulations affects the ability of Syria to meet the requirements of these international commitments.

At regional level, Syria participates in the **Council of Arab Ministers for the Environment and the Mediterranean Action Plan**.

In November 2005, the Euro-Mediterranean partners, including Syria, collectively committed to 'endorse a feasible timetable to de-pollute the Mediterranean Sea by 2020'. Successful achievement of the goal to reduce pollution levels will require a combination of both regional and national actions with the support of all actors in the Mediterranean. The key goals of the **Horizon 2020 Initiative** are to tackle major sources of pollution including industrial emissions, municipal waste and urban waste water.

Syria is also participating in the **Mediterranean component of the EU Water Initiative**, a regional component of the **EU Water Initiative** as announced at the 2002 World Summit on Sustainable Development. The initiative aims to promote better water governance and coordination between stakeholders.

At bilateral level, co-operation agreements on environmental issues exist between Syria and neighbouring countries such as Egypt and Jordan.

## **6. Key areas where action is required**

**Syria faces significant challenges in the field of environment protection. Key areas include: water quality, waste management, nature protection, soil degradation as well as coastal and marine pollution.**

**With regard to climate change, Syria needs to implement the relevant provisions of the Kyoto Protocol to the UN Framework Convention on Climate Change. Syria has possibilities to use flexible mechanisms under this Protocol.**

**The institutional and administrative capacity requires strengthening, in particular as regards co-ordination, implementation and enforcement. Promotion of public awareness is important for the implementation of environment policy.**

## Annex 5: EC CO-OPERATION WITH SYRIA

### 1. EU grants to Syria in 1995-2006 (in €million)

MEDA I	MEDA II							TOTAL 1995-2006
1995-1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
35.0	49.7	8.0	36.0	2.0	55.0	24.5	25.0	235.2

### 2. Breakdown of funds under MEDA I (1995-1999)

Project title	Decision No	Signature Financing Agreement	EC funding (in €million)
SEBC I – Syrian-European Business Centre	5-746	29.06.2000	12.0
ISMF – Institutional and Sector Modernisation Facility	3-381	19.10.2000	21.0
Preservation of Cultural Heritage Training Programme	3-295	30.12.2000	2.0
<b>TOTAL</b>			<b>35.0</b>

### 3. Breakdown of funds under MEDA II (2000-2006)

Project title	Decision No	Signature Financing Agreement	EC funding (in €million)	
EIB – Interest-rate subsidy for electricity transmission loan	3-297	30.01.2000	11.6	2000
PSAP – Power Sector Action Plan	4-581	10.02.2001	11.0	
HIBA – Higher Institute of Business Administration	3-294	10.02.2001	14.0	
TSSP – Telecommunications Sector Support Programme	3-293	10.02.2001	10.0	
Cultural Tourism Development Programme	3-287	10.02.2001	3.1	
Water Supply & Sanitation for Palestinian Refugee Camps	5-697	19.12.2002	8.0	2001

<b>HSMP – Health Sector Modernisation Programme</b>	3-290	30.04.2002	<b>30.0</b>	<b>2002</b>
<b>SEBC II – Syrian-European Business Centre</b>	5-746	23.07.2003	<b>6.0</b>	
<b>Tempus 2003</b>	n/a	n/a	<b>2.0</b>	<b>2003</b>
<b>MAM – Municipal Administration Modernisation</b>	6-264	08.12.2004	<b>18.0</b>	<b>2004</b>
<b>BSSP II – Banking Sector Support Programme</b>	6-226	23.06.2005	<b>6.0</b>	
<b>Support to the Ministry of Finance</b>	6-250	08.12.2004	<b>8.0</b>	
<b>Modernisation of Vocational Education and Training</b>	6-252	08.12.2004	<b>21.0</b>	
<b>Tempus 2004</b>	n/a	n/a	<b>2.0</b>	
<b>Civil Society Development Programme</b>	17202	at the latest by 31.12.2006	<b>2.0</b>	<b>2005</b>
<b>SME Support Programme</b>	17542	26.06.2006	<b>15.0</b>	
<b>EIB - Water Sector Interest Rate Subsidy</b>	17546	at the latest by 31.12.2006	<b>5.0</b>	
<b>Tempus 2005</b>	n/a	n/a	<b>2.5</b>	
<b>Quality and Standards Programme</b>	18364	At the latest by 31.12.2006	<b>10.0</b>	<b>2006</b>
<b>UHES – Upgrading Higher Education Sector in Syria</b>	18365	At the latest by 31.12.2007	<b>12.0</b>	
<b>Tempus 2006</b>	n/a	n/a	<b>3.0</b>	
<b>TOTAL</b>			<b>200.2</b>	

#### 4. Ongoing projects: implementation timetable

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
<b><u>Institutional and Sector Modernisation Facility</u></b> Starting date: 19.10.2000															
			<b><u>Municipal Administration Modernisation Programme</u></b> Starting date: 05.12.2004												
			<b><u>Water Supply and Sanitation for Palestinian Refugee Camps</u></b> Starting date: 19.12.2002												
						<b><u>EIB water sector loan – Interest-rate subsidy</u></b> Starting date: 15.08.2005									
						<b><u>Support to the Ministry of Finance</u></b> Starting date: 12.12.2004									
						<b><u>Banking Sector Support Programme</u></b> Starting date: 12.06.2005									
<b><u>Syrian-European Business Centre</u></b> Starting date: 11.06.2000															
						<b><u>SME Support Project</u></b> Starting date: 02.07.2006									
							<b><u>Quality Management and Standards Programme</u></b> Starting date: n/a								
	<b><u>Higher Institute of Business Administration</u></b> Starting date: 11.02.2001														
						<b><u>Modernisation of Vocational Education and Training</u></b> Starting date: 05.12.2004									
							<b><u>Upgrading Higher Education Sector</u></b> Starting date: n/a								
		<b><u>Health Sector Modernisation Programme</u></b> Starting date: 30.04.2002													

<b><u>Power Sector Action Plan</u></b> Starting date: 11.02.2001													
<b><u>Euro-Arab Mashrak Gas Market (sub-regional programme)</u></b> Starting date: 27.06.2005													
<b><u>MED-ENEC Energy efficiency (regional programme)</u></b> Starting date: 01.01.2006													
<b><u>Promoting citizenship in Syria (thematic programme)</u></b> Starting date: 31.12.2002													
<b><u>EIDHR micro-projects</u></b> Starting date: 31.12.2005													
<b><u>Civil Society Development Programme</u></b> Starting date: ?													
<b><u>Cultural Tourism Development Programme</u></b> Starting date: 11.02.2001													
<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>

## **Annex 6: EIB CO-OPERATION WITH SYRIA**

### **1. EIB loans in 2000-2006**

<b>Project title</b>	<b>Signature Financing Agreement</b>	<b>EC funding (in €million)</b>
Electricity transmission	14.12.2000	75
Electricity Distribution	05.02.2001	115
Syrian Healthcare	15.06.2002	100
Port of Tartus	22.05.2003	50
SME Fund	10.09.2003	40
Deir Ali Power Plant	01.11.2004	200
Deir Azzour Power Plant	25.11.2005	200
Rural Telecoms	16.12.2005	200
Damascus Rural Water and Sanitation	31.05.2006	45
<b>TOTAL</b>		<b>925</b>

### **3. Supporting technical assistance from the FEMIP TA Support Fund**

<b>Project title</b>	<b>EC funding (in €million)</b>
SME Fund	2.0
Port of Tartus	2.0
Private sector support	0.5
Syrian Healthcare	0.3
Water Sector	0.9
Rural Telecoms	2.0
Damascus Rural Water & Sanitation	6.5
Deir Azzour Power Plant	4.0
Damascus Metro	2.5
<b>TOTAL</b>	<b>20.5</b>

#### 4. **EIB priorities**

As foreseen in the framework of the European Neighbourhood Policy, the European Investment Bank (EIB) can contribute to the financing of projects and programmes concerning investments in infrastructure and productive sectors. **Priority is given to projects that help to create a favourable environment for private investment and for development of the private sector.**

The amounts and modalities of financing are determined on the basis of a detailed prior assessment of each project carried out in line with the Bank's procedures. Coherence of these projects with the objectives and external policies of the European Union is part of this assessment, as is also linking the EIB contribution to that of the European Commission.

In this context, the Bank mobilises all its available instruments, in particular loans on own resources, risk capital and technical assistance.

Since 2000, EIB interventions in Syria have concerned the following sectors:

- **Energy** (electricity generation, transmission and distribution)
- **Transport** (port infrastructure)
- **Environment** (water and wastewater projects)
- **Human capital** (healthcare)
- **Telecoms** (rural fixed infrastructure), and
- **Private sector development** (global loan for financing capital investment projects undertaken by small and medium sized enterprises).

Most of these operations are being underpinned by technical assistance funded under MEDA and the FEMIP TA Support programme.

In the future, the Bank will continue to actively **pursue opportunities to contribute to development of the Syrian private sector**, including SMEs (diversifying global loan intermediaries). New operations are also likely to focus on **investment projects in the environmental sector as well as on infrastructure projects serving Euro-Mediterranean interests**.

With regard to EIB operations on risk capital resources (equity, quasi-equity and participating loans in local currency), the Bank draws on funds made available from the Community budget. All operations are geared towards private sector development. Due to local market circumstances, the Bank has not been active in Syria in the past. Pending satisfactory market developments, the Bank may seek to close one or more transactions in the future, in particular in the following fields:

- Support to the **development of the private equity practice**, in collaboration with local intermediaries, through investment funds (national or regional). The EIB will give particular attention to the application of best governance principles in any initiative it will support.
- The Bank has successfully supported the development of **Micro-Credit Financial Institutions** in other MEDA countries as a way to support local private sector development. Although still in a very preliminary stage, possibilities may exist to support micro-finance in Syria. Substantial work will, however, need to be undertaken before concrete investment initiatives are identified.

## **Annex 7: DONORS MATRIX**

### **1. Overview of by sector**

#### **Strategic planning**

UNPD has contributed to the preparation of the Five-Year Plan and will assist in its monitoring. It has also provided assistance to the preparation of the new law for local elections. Germany has become the largest EU bilateral donor for development co-operation for Syria in the last years. A GtZ expert is working in the State Planning Commission on its institutional reorganisation and the 10<sup>th</sup> Five-Year Plan.

#### **Business development**

The Italian government is the main EU bilateral donor for private and industrial sector development. The Italian assistance in cooperation with UNIDO focuses on strengthening of institutions and providing policy advice for SMEs. In the pipeline is a credit line to buy equipment for upgrading the assessed companies. The Japanese International Co-operation Agency (JICA) is also a large donor in Syria. One of JICA's areas of activity is Modernization of the Social and Economic System. JICA provides senior volunteers and experts to assist in the modernization of industry, by the restructuring of chambers and the strengthening of the Institute of Textile Industry in Damascus and Aleppo. UNDP is co-funding the computerization of the customs administration and the introduction of ASYCUDA.

#### **Environment / Water**

Several donors are active in the environment realm. Since 2002, Germany has been making grants and loans available for water and sanitation. There is close co-ordination with KfW and GtZ in order to ensure a common position in areas such as sustainability. Over the past few years, JICA was active in this sector concentrating on water supply and urban water distribution projects. The Netherlands has provided technical assistance to the Higher Institute for Water Management in Raqqa. Spain has financed the modernization of a pilot area of the Palmyra Oasis irrigation network and is considering a soft loan scheme to finance the modernization of the remaining area under irrigation. France finances feasibility studies on how to extract drinking water from Syrian underwater sea areas.

#### **Urban management**

For the past twelve years Germany has financed an integrated local development project for the rehabilitation of the old city of Aleppo. Close consultations have taken place in order to create synergies between this project and the EU-funded Municipal Administration Modernization Programme. Spain started in 2006 a programme of Municipal Administration Support focusing on simplification procedures in the North-East governorates.

#### **Poverty reduction**

UNDP and the Aga Khan Development Network are the main providers of micro-credits schemes for poverty reduction.

Aid in the form of subsidized loans from Gulf countries such as Kuwait and Saudi Arabia, has been important since the Gulf Crisis of 1990-91. It has been partially responsible for the high rate of foreign fixed investment – both in the public and private sector. This support has declined in recent years, as low oil prices in 1998-99 forced the Gulf States to reduce their aid budgets and investment programmes.

## **Energy**

The electricity sector benefited from UNDP contributing some technical assistance related to energy efficiency and demand-side management with the production of a national renewable energy master plan. JICA has co-operated with the Ministry of Electricity to upgrade the skills of operation and maintenance staff in power plants and to develop an electric power policy. The Arab Fund for Economic and Social Development finances HV-MV transformer stations, the Syria-Lebanon Power Grid Interconnection and the National Control Centre. The Kuwait Fund for Arab Economic Development and the Saudi Fund for Development fund projects for power station rehabilitation and the Islamic Development Bank finance transformers stations in Damascus Governorate.

## **Transport**

JICA has prepared a Railway Master Plan for the rail network as well as expansion plans for the two existing maritime ports of Tartus and Lattakia. Arab funds are providing loans for highway extension programmes. The Kuwait Fund for Arab Economic Development finances a number of infrastructure projects such as Lattakia-Ariha Highway, Ar Raqqah-Deir Az Zor-Al Hassaka Road Project. France has supported a number of studies relating to urban transport in Damascus and Aleppo. The Swedish International Development Agency (SIDA) has provided technical assistance on road network maintenance management, i.e. installation of HDM-4 computerised planning and management tools with associated staff training and road traffic safety.

## **Education**

UNDP is giving support to the State Planning Commission for the development of the 10<sup>th</sup> FYP, with a particular focus on education. UNICEF supports children's education through different projects. JICA is planning to support teachers' training in mathematics and sciences. GtZ supports the Vocational Educational Training (VET) sector.

## **Health**

The World Health Organisation (WHO) works with the Ministry of Health on eleven priority areas including: health policy and strategic planning; human resource planning; biomedical information; national drug policies; promotion of healthy lifestyle; reproductive health and family planning; water supply and sanitation; vaccination; HIV/AIDS, malaria and tuberculosis. UNICEF supports health through different projects, including Integrated Management of Childhood Illness, women's and adolescent health, HIV/AIDS and nutrition. The UNFPA programme focuses on reproductive health. UNRWA is the main health care provider for the Palestinian refugee population.

The Ministry of Health prepared a €333 million investment programme in 2004, in which the EIB participated through a loan of €100 million. The remaining balance was financed by the Ministry of Health (€209 million) and with soft loans from Spanish and Italian government co-operation (€24 million). Spain also concluded agreements with Spanish NGOs to provide assistance – mainly in the North-East Governorate – in the fields of mother-child health, special care for disabled children and nurse training.

## 2. Breakdown of financial allocations by donor and sector (in million euros)

Donor	Sector													
	Monetary / Banking	Government & institutions	Rural development	Energy	Transport	Education	Health	Water	Industry	Urban development	Gender	Environment	Private sector & NGOs	Culture / Youth
<b>Multilateral</b>														
• UNDP		1.8							0.1		0.3	0.5		0.2
• UNFPA							5.2							
<b>Other</b>														
• Japan			40.0				3.2	25.7						
• EU														
• Germany		0.8						63.8		10.0		2.7		
• France		0.8				14.0	0.3	21.5				9.7		5.0
• Spain				5.0			28.0	6.5	0.2			11.8	0.0	
• Italy			14.5				15.5		5.7			1.2		
• Sweden					0.5									
• UK								0.0				0.0		
• Finland														
• Netherlands														
• EC - MEDA - Other	6	29		11		35 Tempus	30	8		18		LIFE	21 EIDHR	13 Youth

Source: AMIS database (managed by the State Planning Commission with the support of UNDP)